

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM,
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

Postvertriebsstück G 7756 D
ENIGELT BEZAHLT
GNN, Postfach 260 226, 50150 Köln
Ulrike Detjen
Burgunderstr. 57-59
50677 Köln
50 PB

Nummer 3 / 17. Jahrgang

8. Februar 1996

G 7756 D F

PDS fordert Rentenmoratorium 1996

Von Petra Bläss und Martina Bunge

Eine Debatte zur Zukunft der Renten ist überfällig. Bedauerlich ist, daß sie im Parlament erst nach Horrorszenarien über die Rentenkassen und fast täglich neuen Meldungen über Einschnitte in die Renten zustande kommt. Diese Situation hat Herr Blüm provoziert, da kann er sich drehen und wenden, wie er will. Stereotyp predigt der Bundesminister: Die Renten sind sicher. Doch immer unübersehbarer wird, daß eben diese Sicherheit infragegestellt ist.

Die PDS meint: Sowohl die aktuelle akute Situation als auch neuartige prinzipielle Herausforderungen verlangen eine grundlegende Rentenreform. Deshalb fordert die PDS ein Rentenmoratorium, das übereilte Änderungen in der Rentengesetzgebung ausschließt und Raum schafft für einen seriösen Diskussionsprozeß.

Schluß gemacht werden muß mit dem Griff des Staates in die von Beiträgen gespeisten Rentenkassen. Weiterhin fordert die PDS eine allgemeine Versicherungspflicht, die Beamte, Selbständige und Abgeordnete als zumeist Einkommensstarke in die solidarische Versicherung einbezieht.

Massen- und Dauerarbeitslosigkeit wie der generelle Wandel der Arbeitswelt und auch die demographische Entwicklung erfordern, über neue Finanzierungsmodelle nachzudenken. Die PDS schlägt vor, die Arbeitgeberanteile für die soziale Sicherung nicht länger an die Bruttolohnsumme zu binden, sondern sie nach den Gewinnen der Unternehmen in einem bestimmten Verhältnis zum Umsatz zu berechnen. Das brächte eine Umverteilung zwischen den Unternehmen. Solche mit hohen Gewinnen und geringen Beschäftigungszahlen würden stärker belastet als jene mit geringen Gewinnen, aber vielen Beschäftigten.

Diese Ansatz könnte künftig auch dem demographischen Wandel Paroli bieten. Sicher müssen weniger Junge mehr Alte versorgen. Wenn aber weniger Erwerbstätige immer mehr produzieren, gibt es keinen hinreichenden Grund, daß mehr Ältere weniger bekommen sollen. Erhalt und Weiterentwicklung des Sozialsystems sind nur mit einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu haben, ansonsten dreht sich die Finanzierung immer im Kreis, und heraus kommt Sozialabbau.

Beim Leistungsspektrum der Rentenversicherung sehen wir nicht nur bei den gegenwärtig diskutierten Problemen Handlungsbedarf.

Für den flexiblen Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Rente muß eine Lösung gefunden werden. Aber wir halten es für unzulässig, jetzt die 60er Re-

gelung zu streichen. Die Realitäten des Jahres 1995 bei der Frühverrentung von 300.000 Personen lassen die „komfortablen Lösungen“ von Großbetrieben zu einem Bruchteil zusammenschmelzen. Über die Hälfte resultiert aus „zwangsverrenteten“ AltersübergangsempfängerInnen aus den neuen Bundesländern. Eingestanden wird mittlerweile, daß nur ca. 50% der anderen mit Sozialplänen ausscheidet. Ein Großteil sind also chancenlose ältere Arbeitslose, für die die vorgezogene Rente der letzte soziale Rettungsanker ist. Für sie muß diese Möglichkeit erhalten bleiben. Zugleich sollte über eine Vorruhestandsregelung nachgedacht werden, die verhindert, daß Betriebe ihre Arbeitsplatzbereinigung vorrangig zulasten Älterer betreiben und auf die Rentenkassen abschieben können.

Dringlichen Reformbedarf fordert die PDS für eine bessere Alterssicherung von Frauen ein. Zur Erinnerung: Der Bundestag hat am 21. Juni 1991 einstimmig die Bundesregierung beauftragt, die Voraussetzungen für eine Verbesserung 1997 auszuarbeiten. Die meisten derer, die damals dafür stimmten, sitzen heute wieder im Bundestag. Doch wo bleibt die Einforderung der praktischen Umsetzung dieser Entschlüsse?

Die PDS fordert, schnellstens eine Grundsicherung in die Rente einzuführen. Den Vorwurf des Systembruchs wehren wir ab. Hier muß eine Strukturfrage der Rentenversicherung entschieden werden. Wenn Frauen überwiegend allein die Erziehungsarbeit und Pflege-tätigkeit in der Familie zugewiesen wird, wenn sie, wenn überhaupt, nur lückenhaft einer Berufstätigkeit nachgehen können, dann kann nicht allein die Erwerbsbiografie Maßstab für die Renten sein, sondern die Lebensleistung insgesamt muß anerkannt werden. Wir fordern die versicherungsrechtliche Gleichstellung solcher Tätigkeiten wie Kindererziehung und Pflege mit herkömmlicher Erwerbsarbeit.

Diese Vorschläge hat die PDS im Antrag für eine „soziale Grundsicherung gegen Armut und Abhängigkeit, für mehr soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben“ zusammengefaßt. (siehe auch Seite 4, d. Red.). Wir sehen das dringende Erfordernis, daß Veränderungen in der Rentenversicherung soweit getrieben werden müssen.

Die PDS könnte sich vorstellen, daß das Rentenmoratorium in einer umfassenden Rentenreform 1997 mündet.

Petra Bläss ist MdB und sozialpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag. Dr. Martina Bunge ist Mitarbeiterin der PDS im Bundestag.

Freiheit für kurdische Presse: „Sichten und später vernichten“

In der BRD-Presse wurde Ende Januar über einen Fahndungserfolg der Polizei berichtet, am ausführlichsten in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*. Dabei entwickelt die Zeitung eine Tonart, die schaudern läßt: „Der Ermittlungserfolg ist der Staatsschutzabteilung des LKA gelungen, nachdem die Beamten Anfang Januar den mutmaßlichen Gebietsleiter der als leninistisch geltenden Kaderpartei auf offener Straße in der hannoverschen Innenstadt gefaßt hatten.“ Dieser offenbare Kurde und mutmaßliche Leninist hatte also die Unverschämtheit, die offene Straße zu betreten. Aber er wurde ja gefaßt ...

Danach habe die Polizei ein „Zentraldepot der PKK“ ausheben können. Orginalton: „Der 20 Quadratmeter große Lagerraum war lediglich mit einem Vorhängeschloß gesichert. „Darin befanden sich etwa 8.000 Zeitungen sowie gebundene Broschüren, alles mit Bezug

zur PKK“, sagte Ehrike“ (Sprecher des LKA) „Das Material ist in die Bereitschaftspolizeikaserne gebracht worden. Dort soll es gesichtet und später vernichtet werden.“ Ein Mitarbeiter des Freizeitentrums, in dessen Keller die Bücher gefunden wurden: „Wir wissen

nicht, wer diesen Raum genutzt hat und was dort gelagert wurde“ ... „Trotzdem verurteilen wir die Verfolgung von Kurden, die sich in Deutschland politisch betätigen.“ Ein Bekenntnis zu Menschlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit kann nur noch verklausuliert abgelegt werden, während verhetzte Polizeibeamte den Ton bestimmen. Den Berufsjournalisten darf die Parallele zur Bücherverbrennung durch die Faschisten nicht einfallen. Muß ja auch nicht, ihre Zeitung wird ja – einstweilen noch – nicht in die Polizeikaserne gebracht, um dort „gesichtet und später vernichtet“ zu werden. (maf)



LKA wütet im Bücherkeller

Kurzer Prozeß. Beweisaufnahme des OLG Ffm zu Bad Kleinen

Seit dem 5. Dezember 1995 wird im Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Gefangene aus der RAF, der Anklagepunkt „Bad Kleinen“ verhandelt. Sie wird u.a. beschuldigt, für den Tod des GSG-9-Mannes Newrzella mitverantwortlich zu sein. Die Anklage wirft ihr Mord und sechsfachen Mordversuch vor. Bevor jedoch der erste Schuß in Bad Kleinen fiel, lag sie bereits gefesselt am Boden. Für den 9.1. nun war die Vernehmung des Zeugen „GSG 9 Nr. 4“ angesetzt, der Birgit Hogefeld festgenommen haben soll. Tatsächlich konnte der Zeuge nicht vernommen werden, da das Grenzschutzpräsidium West unter Mißachtung juristischer Mindeststandards eine Aussagegenehmigung nur unter Vorbehalten erteilt hatte: „Die Genehmigung erstreckt sich nicht auf Aussagen, die dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich ge-

fährden oder erheblich erschweren würden.“ Außerdem müsse während der Vernehmung des Zeugen die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die Angeklagte aus dem Saal entfernt werden. Letzteres ist laut § 247 StPO nur dann möglich, wenn die Gefahr besteht, daß der Zeuge in Gegenwart der Angeklagten nicht die Wahrheit sagt.

So wurde die Aussagegenehmigung in ihr Gegenteil verkehrt. Mit diesem Schmierentheater versuchten die Verantwortlichen, zwei entgegenstehende Ziele zugleich zu erreichen: die Verhandlung der Umstände sowohl der Erschießung des GSG-9-Beamten Newrzella wie vor allem der Erschießung von Wolfgang Grams zu verhindern und trotzdem die Mordanklage gegen Birgit Hogefeld aufrechtzuerhalten. Wieder zeigte sich: In Prozessen gegen Mitglieder der RAF ist in deutschen Gerichten alles möglich. (scc)



Die Heimatfront braucht Kämpfer: Bürgermeister vortreten!

Die *Augsburger Zeitung*, in deren Einzugsbereich viele Rüstungsbetriebe und Bundeswehrstandorte liegen, berichtet über den neuen Generalinspekteur der Bundeswehr Hartmut Bagger, daß er „anders als Naumann, der zum Schluß immer größere politische Ambitionen hatte – unter allen Umständen das Primat der Politik achten werde.“ Klaus Naumann, 56, wird Vorsitzender des Nato-Verteidigungsausschusses und wird von dort aus das Primat der Politik mißachten.

Weniger an Militärkarrieren interessiert ist die Jugend. 1995 erreichte die

Zahl der Wehrdienstverweigerer den Spitzenwert von 160.000. Der CSU-Abgeordnete Reichardt: „Das Ausbüchsen aus der Bundeswehr per Postkarte darf nicht mehr die Regel sein.“ CDU und SPD würden da nicht mitmachen.

Die Verteidigungs-Staatssekretärin Michaela Geiger, CSU, wird zur Peltische die Zuckerbonbons reichen. Die „ideelle Stellung“ der Armee soll verbessert werden durch „Anhebung des sozialen Prestiges“. Gedacht ist – allen Ernstes – daran, „die Wehrpflichtigen in ihrem Heimatort durch einen Empfang beim Bürgermeister zu ehren.“ (maf)



AKTUELL IN BONN

Entsendegesetz bald in Kraft?

Der Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag hat am vergangenen Donnerstag das „Entsendegesetz“ verabschiedet. Das Gesetz legt insbesondere fest, daß längerfristig Beschäftigte in der BRD auch nach hiesigen Tarifen bezahlt werden müssen und soll - so jedenfalls die Forderung der Gewerkschaften - damit den im Gefolge des EU-Binnenmarktes zunehmenden Tarifbruch durch Beschäftigung ausländischer Billigarbeiter eine Schranke errichtet wird. Diese untertariflichen Billigbeschäftigungen nehmen beim Bau, in Hotels und Gaststätten und neuerdings auch in den Häfen immer mehr zu. Bedingung ist freilich, daß die entsprechenden Tarifverträge vorher „allgemeinverbindlich“ erklärt wurden, was die Zustimmung der „Arbeitgeber“ in dem entsprechenden Ausschuß im Bundesarbeitsministerium voraussetzt. Nach Fernsehberichten soll dieses „Entsendegesetz“ künftig auch für Schlepperbesatzungen in den hiesigen Häfen gelten.

Bundesregierung scharf auf waffenfähiges Uran

Die Bundesregierung und die bayerische Landesregierung bleiben wild entschlossen, den geplanten Forschungsreaktor in Garching (Bayern) mit hochangereichertem, d.h. atomwaffenfähigem Uran zu betreiben. Vor Tagen hatte es nach massiven US-Protesten noch so ausgesehen, als überdenke die Bundesregierung ihre Position, zumal offensichtlich ist, daß die BRD mit diesem Reaktor das Entstehen eines zivilen Weltmarktes für hochangereichertes Uran stark fördern würde. Am 1. Februar lehnten nun die Regierungsparteien im Bundestag Anträge der Oppositionsparteien, die Bundesregierung solle sich unter diesen Umständen aus der Finanzierung des Projekts zurückziehen, ab.

Weiter Streit um Europol

Der insbesondere von deutschen Behörden betriebene Ausbau einer EU-weiten Polizeibehörde (Europol) stockt weiter. Die Vertreter der britischen Regierung weigerten sich in der vergangenen Woche bei einer Tagung der EU-Innen- und Justizminister erneut, bei Einsprüchen gegen die Datensammlung der geplanten Behörde dem Europäischen Gerichtshof Entscheidungskompetenzen einzuräumen. Damit bleibt ein wesentlicher Vorbehalt gegen die Behörde, die Sicherung des Datenschutzes und der entsprechenden Bürgerrechte, weiter bestehen, die Errichtung der Behörde kommt nicht voran. Vertreter der deutschen Innen- und Justizminister protestierten auf der gleichen Tagung gegen Empfehlungen der EU-Kommission, die Kriegsflüchtlingen in der EU ein erleichtertes Bleiberecht einräumen will. Das falle nicht in die Kompetenz der EU-Kommission, so die Bonner Hardliner-Position.

Der Transrapid wird immer teurer

Eine Woche vor der für den 8. Februar geplanten Anhörung im Ver-

kehrsausschuß des Bundestags sorgte der Bundesrechnungshof für scharfe Kritik am „Transrapid-Projekt“ der Bundesregierung und des Thyssen-Konzerns. Die Kosten des Projekts seien viel zu niedrig kalkuliert, und die zu erwartenden Einnahmen aus Fahrgästen der künftigen Transrapid-Verbindung Hamburg-Berlin viel zu hoch angesetzt. Bisher behauptet die Bundesregierung Kosten des Projekts für den Bund von 5,6 Milliarden DM, weitere 3,2 Milliarden DM sollten private Betreiber übernehmen. Der Grünen-Abgeordnete Rainder Steenblock geht inzwischen von Kosten von ca. 15 Milliarden DM aus. Die Oppositionsparteien fordern, das Projekt einzustellen.

Die Erbschaftssteuer soll weiter sinken

Anfang des nächsten Jahres will Finanzminister Waigel nach seinen bisherigen öffentlichen Verlautbarungen eine weitere Senkung von Unternehmenssteuern sowie der Erbschafts- und Vermögenssteuern wirksam werden lassen. Inzwischen sind Einzelheiten des Rohentwurfs zur Senkung der Erbschaftssteuer bekannt geworden. Danach sollen die jetzt schon beträchtlichen Freibeträge bei der Erbschaftssteuer für Familienangehörige um 20 bis 200 Prozent angehoben werden. Erbschaften an Ehegatten und Kinder würden damit (bei 2 Kindern) statt bisher bis 430.000 DM künftig bis zu einer Erbschaft von 600.000 DM von jeder Erbschaftssteuer befreit bleiben. Noch stärker soll die Steuer bei Vererbung von Betriebsvermögen gesenkt werden, bei Grundbesitz soll dieser „nur noch im Bedarfsfall“ überhaupt bewertet werden. Die Vermögenssteuer für gewerbliche Vermögen will Waigel bei dieser „Neuordnung“ gleich ganz abschaffen.

Reform der Rentenversicherung für Angestellte?

Die Arbeits- und Sozialminister der Länder haben sich in der letzten Woche auf eine Reform der Rentenversicherungsanstalten für Angestellte geeinigt. Danach sollen die Kompetenzen zwischen den 23 Landesversicherungsanstalten der Länder und der Bundesversicherungsanstalt neu verteilt werden, um, so die Minister, eine „Aushöhlung der Landesversicherungsanstalten“ zu verhindern. Nicht bekannt war bei Redaktionsschluß, wie bei der Reform, die 1998 in Kraft treten soll, der Finanzausgleich zwischen Ländern mit hohem Beitragsaufkommen und solchen mit niedrigerem Aufkommen (z.B. wegen unterschiedlicher Arbeitslosenraten) aussehen soll.

Was kommt demnächst?

Am 9. Februar berät der Bundesrat, u.a. über Seehofers Krankenhausreform und über das „Entsendegesetz“ der Bundesregierung. Im Bundestag ist erst einmal Sitzungspause, die nächste reguläre Beratungswoche beginnt erst am 26. Februar, die Tagesordnung dafür ist noch offen. Nächste Bundesratssitzung ist am 1. März. Am 10. März sind Kommunalwahlen in Bayern, am 24. März Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Bundesregierung konfrontiert Tschechien mit „Sudetenfrage“

Angriff auf die tschechische Souveränität

Nachdem die Verhandlungen über eine deutsch-tschechische Erklärung geplatzt waren, hatten die Bündnisgrünen im Bundestag eine Aktuelle Stunde eingefordert. Die Bundesregierung setzte gleich neue Maßstäbe.

Erstens ließ sich Kohl nicht blicken, er habe wichtigere Termine. Zweitens hielt die Regierung des Text der Erklärung unter Verschluss. Parlament und Öffentlichkeit wissen bis zum heutigen Tage nicht genau, was die deutsche Seite, Verhandlungsführer Kinkel, der tschechischen Seite abverlangen wollte. Immerhin zwang die Aktuelle Stunde die Regierung zu Äußerungen zur Sache.

Kinkel, Außenminister, F.D.P.: „Leider ist es uns trotz größter Bemühungen nicht gelungen, eine inhaltliche Einigung und gemeinsame Sprache über die Vermögensfrage und das Unrecht, das den Sudetendeutschen angetan wurde, zu finden.“

Hans Klein, CSU, München: „Es gibt einen Punkt, an dem es hängen blieb. Dazu darf ich Ihnen eine kleine historische Information liefern. Staatsgründungspräsident Tomas Garrigue Masaryk kündigte bereits am 10. Januar 1919 eine sehr rasche Entgermanisierung der Sudetengebiete an. Sein Nachfolger Benes bereitete die Vertreibung der Sudetendeutschen spätestens seit 1942 vor. Mit dem Potsdamer Abkommen wurde deshalb die Vertreibung - um diese Frage geht es jetzt - die im übrigen längst begonnen hatte, nicht beschlossen. Die Alliierten, durch die Presse in ihren eigenen Ländern alarmiert, forderten vielmehr eine ordnungsgemäße und humane Vorgehensweise bei der Vertreibung, die sie damit lediglich anerkannten. So das wörtliche Zitat des Potsdamer Abkommens: anerkannten.“

Herr Kollege Fischer, dazwischen lag das Münchner Abkommen, der Bruch des Münchner Abkommens durch den Einmarsch in die Rest-tschechei und

die Gründung des Protektorates, dazwischen lag die Demütigung dieses Volkes. Aber: Die Vertreibung hatte tiefere Wurzeln. Die Sudetendeutschen sind seitherzeit gegen ihren Willen in diesen Staat gezwungen worden. Das bitte schön, muß bei einer Betrachtung berücksichtigt werden.“

Die Argumentation von Klein bedeutet, daß große Teile des heutigen Tschechiens, wäre es nur mit rechten Dingen zugegangen, deutsches Staatsgebiet wären. Daraus folgt dann, und so klingt es bei Klein auch an, eine positive Einstellung zum Münchner Abkommen, problematisch wird erst der Bruch dieses Abkommens. Vor diesem Hintergrund lebt die Eigentumsfrage. Nur unter der Bedingung, daß Sudetendeutsche und -gebiete deutsche Staatsbürger und deutsches Territorium gewesen seien, wäre die BRD in dieser Sache überhaupt ein Verhandlungspartner.

So sagt auch Andrea Lederer (PDS) an die Regierung gewendet: „Ich möchte wissen, was Sie eigentlich noch von der tschechischen Seite ... an Erklärungen erwarten. Wieso wagen Sie es, weiterhin an diesen Forderungen festzuhalten und Ansprüche geltend zu machen? Wie kommen Sie auf die Idee, als Argument für das Festhalten an diesen Forderungen mögliche Prozesse, die auf die Bundesrepublik zukommen, ins Feld zu führen? Das ist Angelegenheit der deutschen Seite. Das können Sie doch wohl kaum allen Ernstes der tschechischen Seite zur Last legen.“

Besonders die Ausführungen Kleins lassen erkennen, daß die deutsche Politik nicht auf Regelung von Nachbarschaft aus ist, hier wird nicht Geschichte vorgebracht, um verstanden zu werden, hier werden Geschichten erzählt von altem Unrecht an den Deutschen, und sie werden so erzählt, daß sie an den Grundfesten der Souveränität Tschechiens rütteln. Die deutsche Politik hat die „Sudetenfrage“ neu vom Zaun gebrochen. (ma)

Hanna Krabbe muß endlich raus!

OLG Düsseldorf verzögert das Entlassungsverfahren

Am 30. November 1995 fand vor dem OLG Düsseldorf die Anhörung Hanna Krabbes, Gefangene aus der RAF seit 1975, statt. Seither, also seit mehr als zwei Monaten, hat sich von seiten des Gerichtes buchstäblich nichts getan.

Bereits vor Jahren hatte das OLG Düsseldorf die Freilassung von Hanna Krabbe und damals auch Lutz Taufers und Karl-Heinz Dellwos (beide sind 1995 aus der Haft entlassen worden) verhindert, weil Hanna Krabbe nicht bereit war, an einem psychiatrischen Gutachten „mitzuwirken“.

Die Justiz besteht - als Voraussetzung für die Entlassung - auf einem psychiatrischen Gutachten, und zwar willkürlich. Tatsächlich ist sie darauf aus, die Gefangenen aus der RAF in der Öffentlichkeit in die Rolle von Menschen zu bringen, die krankhaft, ohne politische Ziele und Überzeugungen handelten und ihre Entlassung an die durch ein psychiatrisches Gutachten attestierte „Heilung“ - mit anderen Worten: an die Aufgabe ihrer politischen Überzeugungen - zu binden.

Hanna Krabbe lehnt ihre „Mitwirkung“ an einer solchen Prozedur, in der

die Psychiatrie zu politischen Zwecken mißbraucht wird, nach wie vor ab. Das nimmt der vom Gericht bestellte Gutachter Sass zum Anlaß, das Gutachten, das er ohne weiteres auch nach Aktenlage erstellen könnte, in unerträglicher Weise zu verzögern. Nichts ist sicher, nicht das Wann, nicht das Wie und nicht einmal das Ob des weiteren Entlassungsverfahrens.

Welche Auswirkungen dies auf Hanna Krabbe nach fast 21 Jahren Haft unter Sonderhaftbedingungen haben muß, kann jeder wissen.

Die Initiative „Freiheit für Hanna Krabbe“ fordert die linke Öffentlichkeit auf, politischen Druck zur sofortigen Freilassung Hanna Krabbes zu entfalten.

Möglich ist es z.B., an die Verantwortlichen des Verfahrens einen Protestbrief zu schreiben. Hier die Adressen: Bundesminister der Justiz, Herrn Schmidt-Jortzig, Heinemannstr. 6, 53171 Bonn, Fax 02 28 / 5 80, und

OLG Düsseldorf, 6. Strafsenat, RaOLG Steffen, 40402 Düsseldorf, Postfach 30 02 10, Fax 02 11 / 49 71-5 48

(see)

Bundesgesundheitsminister Seehofer ist wieder auf dem Kriegspfad. Nachdem die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen auf ihrer Sitzung am 14.9.95 konstatiert hatte, daß ihre Empfehlungen zur Beitragssatzstabilität nicht zur erforderlichen Senkung der Ausgaben für stationäre Versorgung geführt hätten, wurden im Oktober und November diverse Entwürfe der Regierungskoalition vorgelegt, im Kabinett beschlossen und an den Gesundheitsausschuß des Bundesrates überwiesen.

Zeitgleich mit den beginnenden Verhandlungen über die Pflegesätze zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen brachte Seehofer also grundlegende Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen dieser Verhandlungen heraus, um die Pflegesätze zu drücken. Es gäbe akuten Handlungsbedarf wegen der „gigantischen Forderungen“ der Krankenhäuser für 1996, ließ er in einem Interview der Hamburgwelle verlauten und drohte dort: „Sie werden in absehbarer Zeit erleben, welche existentiellen Sorgen einzelne Krankenhäuser in Hamburg haben (existenzielle Sorgen (nicht nur Finanzsorgen.“

Stimmt der Vorwurf? Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), der Verband der Krankenhausträger, argumentiert dagegen, daß das für 1995 zu erwartende Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung von ca. 8 Milliarden DM zu 3/4 auf Einnahmekürzungen in Folge des Rentenreformgesetzes 1989 zurückzuführen sei. Krankenhausaussgaben, die über den durch das GSG gesetzten Rahmen hinausgegangen seien, seien auf die ebenfalls durch die Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen gegen den Pflegegenotstand oder auf landesplanerische Vorgaben für das Leistungsangebot zurückzuführen.

Die angedrohten existentiellen Sorgen sind nicht aus der Luft gegriffen, wie ein Blick in die Vorhaben zeigen wird.

Die Pflege-Personalregelung (PPR) wird ausgesetzt

Wegen der breiten Aktionen zum Pflegegenotstand in den Krankenhäusern mußte im Gesundheitsstrukturgesetz von 1993 den Forderungen nach mehr Pflegepersonal nachgegeben werden. Die am Patienten zu erbringenden Leistungen wurden in der PPR grob klassifiziert, mit Minutenwerten versehen und in Personal umgerechnet. Die Einarbeitung der vorhandenen Patienten auf einer Station dokumentiert den Pflegeaufwand und das dafür notwendige Personal. Die nach dieser Systematik erforderlichen neuen Stellen wurden seinerzeit vom BMG auf 13.000 geschätzt und sollten „stufenweise“ von 1993 bis 1996 geschaffen werden. Bis Ende 1995 hat die Anwendung der PPR einen tatsächlichen Mehrbedarf von 20.000 Pflegekräften ergeben. Das BMG stellt fest: „Damit würde die PPR ... bis 1996 zu einem Zuwachs von rd. 27.000 Stellen führen. Dies wäre eine Überschreitung des 1992 vom Gesetzgeber geschätzten Zuwachses von 13.000 Stellen um mehr als 100 v.H. Durch eine Aussetzung soll diese Entwicklung für eine Zeit, in der mit besorgniserregenden Kostensteigerungen im Krankenhausbereich zu rechnen ist, unterbrochen werden.“ In der Anhörung am 18.10.95 trugen die Pflegeverbände, Gewerkschaften und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG, Verband der Krankenhausträger) ihre Proteste vor. Die Vertreter des BMG sahen keinerlei (haftungsrechtliche) Probleme darin, einen Pflegeaufwand zu dokumentieren, ihn aber wegen Personalmangel nicht zu befriedigen. Sie sahen auch keinerlei Anzeichen dafür, daß der Betriebsfrieden in den Krankenhäusern durch die vom BMG gewollten Ände-



Nur durch massive Proteste konnten in den letzten Jahren neue Stellen für die Pflege durchgesetzt werden. Nach gewerkschaftlichen Berechnungen fehlten 1988 schon 60.000 KollegInnen.

Was hat die Bundesregierung mit den Krankenhäusern vor?

Am 9. Februar berät darüber der Bundesrat

rungen gefährdet sei. Die Forderung der DKG, diese Haltung schriftlich zu fixieren, wurde als „lächerlich“ zurückgewiesen.

Die Bundespflegesatzverordnung wird geändert

Die sog. „Deckelung“ der Krankenhausaussgaben sollte bis zum 31.12.95 gelten. Die Ausgaben der Krankenhäuser sollten nicht stärker steigen dürfen als die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung durch die allgemeinen Lohnerhöhungen aller Mitglieder. Spätestens ab 1.1.96 sollte der tagesgleiche Pflegesatz der einzelnen Krankenhäuser durch eine Kalkulation aus Fallpauschalen, Sonderentgelten und Abteilungspflegesätzen abgelöst werden. Die 72 Fallpauschalen und 148 Sonderentgelte und Bewertungsrelationen wurden in einem bundeseinheitlichen Katalog festgelegt. (Ein Beispiel für eine Fallpauschale wäre eine operative Entfernung eines Blinddarmes, was 2.510 Punkte, also ca. 2.500 DM „bringt“; ein Sonderentgelt wäre z.B. ein Augenoperation des Grauen Stars = 1.530 Punkte.)

Um die als Folge eingetretene Patientenselektion nach wirtschaftlichen Kriterien wird in den Krankenhäusern noch immer heftig gestritten, weil viele Beschäftigte die brutale Rationierung von Gesundheitsleistungen nicht vertreten wollen und sich den Anweisungen des Managements widersetzen.

Wird die vorausgekalkulierte Menge der Fallpauschalen und Sonderentgelte über- oder unterschritten, also wurden mehr oder weniger Patienten behandelt, so werden diese Leistungen nur zu 50% vergütet. Dieses Abrechnungssystem führt zur Patientenselektion! Bei Strafe des Bankrotts muß ein Patient abgewiesen werden, der mit der falschen Krankheit zur falschen Zeit das Krankenhaus aufsucht.

„Gesetz zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben 1996“

„§ 1: Für das Jahr 1996 ist ein Gesamtbetrag für die Erlöse eines Krankenhauses aus Fallpauschalen, Sonderentgelten, Abteilungspflegesätzen, dem Basispflegesatz, vor- und nachstationärer Behandlung und ambulantem Operieren sowie aufgrund von Modellvorhaben zu vereinbaren. Dieser darf nicht höher sein als die Berechnungsgrundlage ... für das Jahr 1995, erhöht um den von den Tarifvertragsparteien verein-

barten Vomhundertsatz der linearen Steigerung der Vergütung nach dem Bundesangestelltentarifvertrag.“

Hier wird also nichts mehr gesondert abgerechnet, die Deckelung wird entgegen aller Versprechungen der Bundesregierung verlängert bzw. noch verschärft. Bezugsgröße für die Steigerung des Budgets ist nicht mehr die Einnahmentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung, sondern der Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst.

Allein der Ausschluß von Bewährungsaufstiegen, Höhergruppierungen, Strukturverbesserungen, alles Personalkosten, die zusätzlich gezahlt werden, bringt Verluste. Noch größer werden sie durch die Erhöhungen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherungsbeiträge, die ebenfalls unberücksichtigt bleiben.

Die Investitionslücken bleiben

Die bislang gültige duale Finanzierung der Krankenhäuser sieht die Zahlung von größeren Investitionen und sog. pauschalen Fördermitteln für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter und kleine bauliche Maßnahmen durch die Länder vor. Im Januar 1993 hat das Bundesverwaltungsgericht diese Rechtslage bekräftigt und festgestellt, daß Investitionen nicht von den Krankenkassen über die Pflegesätze zu zahlen seien. Der Gesetzgeber erhielt den Auftrag, die Frage eindeutig zu regeln. In Erwartung dieser Klärung und mit Blick auf die vom Sachverständigenrat der Konzentrierten Aktion geforderte Finanzierung allein durch die Krankenkassen haben die Länder ihre

Haushalte eher gekürzt. Mit dem „Gesetz zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben 1996“ wird dieser Streit weiter verschärft. Dies ist ein Grund dafür, daß sogar Seehofers Parteifreund Stoiber im Wildbad Kreuth „wie ein Brüllaffe“ gezetert haben soll.

„Gesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung '97“

§ 7 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wird wie folgt geändert:

„Die Krankenhausplanung erfolgt im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen; mit den unmittelbar Beteiligten sind bei der Krankenhausplanung und der Aufstellung der Investitionsprogramme einvernehmliche Regelungen anzustreben.“

Die Pflegesatzverhandlungen sollen ab 1997 zwischen Krankenhausgesellschaften und Landesverbänden der Krankenkassen global für das Land stattfinden. Dort wird eine Gesamtvergütung vereinbart. Wird die vereinbarte Gesamtvergütung überschritten, werden die Budgets der Krankenhäuser gekürzt. Muß ein Krankenhaus mehr Patienten oder kompliziertere Fälle aufnehmen, trägt es die Mehrkosten selbst.

Das Arbeitszeitgesetz muß umgesetzt werden

Seit dem 1.1.96 gilt das Arbeitszeitgesetz auch in den Krankenhäusern. Durch die zwingende Pausenregelung müssen z.B. auch die Nachtwachen eine Pause machen, d.h. von einer weiteren Person abgelöst werden. Das kommt den Forderungen, daß eine Krankenschwester nie allein auf einer Station arbeiten soll, entgegen. Wer abends vom Spätdienst kommt, soll nicht am nächsten Tag zum Frühdienst wiederkommen. Dies nennt sich „Schaukeldienst“ und verletzt die vorgeschriebene Ruhezeit von 10 Std. zwischen zwei Schichten und die Höchstarbeitszeit von 8 Stunden innerhalb von 24 Stunden.

Die Regelungen zur Ruhezeit in den Bereitschaftsdiensten betreffen vor allem die Ärzte und machen es zwingend erforderlich, daß der Tarifvertrag, nach dem sie am Morgen nach dem Dienst nach Hause gehen müssen, strikt eingehalten und nicht wie bisher bei Personalmangel verletzt wird. Dies kommt dem Sicherheitsbedürfnis jedes Patienten entgegen, der nicht von einem übermüdeten Arzt operiert werden möchte. Aber die Ministerien sehen überhaupt keinen Personalmehrbedarf!

Die ÖTV Hamburg erklärte dazu: „Die Leidtragenden sind wieder mal das Personal und die Patienten: Überlastung und Übermüdung, Stress und Arbeits-hetze führen zu einer Verschlechterung der Qualität. Vier Wochen Schaukeldienst wäre die richtige Therapie für die Herren Minister.“

(brg - AG Gesundheitspolitik)



Wenn im Krankenhaus gesparrt wird, kommen als erstes die Arbeitsbedingungen dran: Einstellungsstopps oder gar die Streichung freierwerdender Stellen sind schon gang und gäbe.

Am 30. Januar hat die PDS im Bundestag einen Antrag auf Schaffung einer sozialen Grundsicherung (Bundestagsdrucksache 13/3628) eingebracht. Hier eine Übersicht über den 20-seitigen Antrag, erstellt von der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ der PDS im Bundestag.

Die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums für alle Bürgerinnen und Bürger muß nach Auffassung der PDS zu einer Hauptaufgabe staatlicher Politik werden. Die PDS hat deshalb einen Antrag zur sozialen Grundsicherung in den Bundestag eingebracht.

Die soziale Grundsicherung soll kein Ersatz für das Bemühen um mehr Arbeitsplätze sein. Es bleibt gesellschaftspolitisches Ziel, daß jeder Erwerbsuchende seinen oder ihren Unterhalt durch eigene Erwerbsarbeit sichern kann. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, muß die Existenzsicherung teilweise auf anderem Wege erfolgen.

Die herkömmlichen Mittel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik haben vor der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und den veränderten Lebensmustern der Menschen versagt.

Die Ableitung der sozialen Sicherung aus dem Arbeitslohn und die Orientierung an der männlichen sogenannten Normalerwerbsbiographie haben längst dazu geführt, daß große Teile der Bevölkerung nicht mehr sicher sind. Davon sind besonders betroffen:

- Frauen, die aufgrund ihrer Arbeit in den Familien und aufgrund vielfach unterbrochener Erwerbstätigkeit kaum eigene Versicherungsansprüche aufbauen können. Ihnen ist nur eine abgeleitete soziale Sicherung über einen - wenn gleich häufig fiktiven - Ehemann zugesichert.
- Langzeitarbeitslose, deren Lohnersatzleistungen häufig nicht mehr für das Notwendige reichen und die deshalb vielfach auf Sozialhilfe angewiesen sind.
- Alte Menschen, die ein Leben lang aktiv waren und am Ende mit einer kleinen Rente dastehen. Auch unter ihnen überwiegen Frauen.
- Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige, die nicht oder nur eingeschränkt einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.
- Kinder und Jugendliche, die die Armut ihrer Eltern erben und in eine wenig aussichtsreiche Zukunft hineinwachsen.

Die soziale Grundsicherung soll nicht nur finanzielle Sicherheit für all diejenigen schaffen, die ihre Existenz nicht eigenständig sichern können, sondern sie ist auch die Voraussetzung für ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe und gesellschaftlicher Integration, die für die demokratische und solidarische Zukunft der Gesellschaft unabdingbar sind.

Für Erwachsene werden 1.425 Mark monatlich, zuzüglich Beiträge zur Krankenversicherung, als die Summe angesetzt, von der eine erwachsene Person



Eine Mahnwache von Essener Obdachlosen im Januar 1994.

Foto: M. Scholz

Eine soziale Grundsicherung für alle Bedürftigen - das Recht auf eine eigenständige Existenz sichern

PDS bringt Antrag auf Grundsicherung im Bundestag ein

in der Bundesrepublik - bescheiden - leben kann. Dieser Betrag entspricht in etwa dem durchschnittlichen Sozialhilfesatz, inklusive einmaliger Leistungen sowie Miete und Mietnebenkosten, wenn er den Preissteigerungen der vergangenen Jahre angepaßt wird. 1.425 Mark entsprechen darüber hinaus der Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens in der Bundesrepublik. Das ist eine international anerkannte Hilfsgröße zur Bemessung der relativen Armutsgrenze innerhalb einer Gesellschaft.

Jeder Betrag, der unterhalb dieses Minimums liegt, verlagert lediglich die Probleme der Verarmung und zwingt die Betroffenen in ungeschützte und untertariflich bezahlte Jobs.

Die soziale Grundsicherung soll das heutige Sicherungssystem nicht ersetzen, sondern vernünftig reformieren, indem dessen strukturelle Mängel beseitigt werden und das System den heutigen Bedingungen angepaßt wird.

Vorgesehen sind:

- Ein Sockel in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums in allen Zweigen des Sicherungssystems.

- Die Einführung einer allgemeinen Versicherungspflicht, die auch Beamte, Selbständige, Freiberufliche, Abgeordnete und MinisterInnen umfaßt, sowie die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen.

- Eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf jede Erwerbsarbeitsstunde.

- Eine Ausweitung der Anspruchsberechtigung: Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) soll jeder erhalten, der oder die sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt. Wer noch keine Anwartschaften erworben hat, erhält Arbeitslosengeld in Höhe der Grundsicherung. Das Arbeitslosengeld soll unbefristet gezahlt und die Arbeitslosenhilfe soll ganz abgeschafft werden. Die Zumutbarkeitsregelungen des AFG

bleiben von dieser Neuerung unberührt.

- Die Aufwertung von Familienarbeit: Diejenigen, die Erziehungs- oder Pflegearbeit leisten und dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, erhalten Grundsicherung aus einem neu zu schaffenden Fonds, der die heutige laufende Hilfe zum Lebensunterhalt ersetzt. Ihnen werden Beiträge in der Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung angerechnet, die sich am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientieren.

- Ein bedarfsdeckendes Kindergeld, das nach dem Alter gestaffelt und unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt wird.

- Die Abschaffung der Unterhaltsabhängigkeit zwischen EhegattInnen sowie Kindern und Eltern. Unterhaltsverpflichtungen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bleiben bestehen, aber es wird ein Schritt aus der Abhängigkeit getan, indem Grundsicherung auch jede/r Ehepartner/in oder Jugendliche ab 16 Jahren erhält, der oder die eine eigene Existenz begründet und einen Antrag auf Grundsicherung stellt.

Die gesellschaftlichen Risiken nehmen weiter zu. Der Logik des Wettbewerbs und des schnellen wirtschaftlichen Wandels muß eine Logik der sozialen Sicherheit entgegengestellt werden, die den Menschen zum Mittelpunkt hat.

Hierzu zählt auch eine gesellschaftliche Neuorientierung bei der Verteilung von Arbeit, denn die Erwerbsarbeit ist knapper geworden, und gleichzeitig bleiben viele wichtige Arbeiten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich liegen, weil es für sie keine kauf-fähige Nachfrage gibt.

Auch die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen ist zu einem Großteil auf die ungleichmäßige Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zurückzuführen.

Deshalb muß eine Neuverteilung von

Arbeit in drei Bereichen gleichzeitig ansetzen:

- weitere Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit,
- Aufwertung der Familienarbeit durch verbesserte Ansprüche,
- Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors, der Arbeitsplätze in den vernachlässigten gesellschaftlichen Bereichen schafft.

Die Grundsicherung soll und kann diesen Umbau der Arbeitswelt sozial absichern.

Familienarbeit begründet nach wie vor auch erhebliche Nachteile bei der Erwerbsarbeit. Davon sind vor allem Frauen betroffen. Dies kann mit einer Grundsicherung allein nicht geändert werden. Sie kann aber dazu beitragen, Ansprüche gegenüber der Gesellschaft zu stärken, indem Familienzeiten Beitragszeiten in der Sozialversicherung werden. Hierzu unterbreitet die PDS Vorschläge.

Die Grundsicherung wird teuer. Eine bessere soziale Absicherung für große Teile der Bevölkerung ist zum Nulltarif nicht zu haben. Ihre Einführung erfordert auf der Grundlage heutiger Zahlen eine Anschubfinanzierung von 175 Milliarden Mark.

Schätzungen zufolge betrugen die Kosten der reinen Arbeitslosigkeit im Jahr 1995 rund 142,5 Milliarden Mark, das sind im Durchschnitt in den alten Bundesländern pro Arbeitsloser 41.844 Mark, in den neuen Ländern 32.886 Mark (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung). Dazu kommen die Kosten für Arbeitsförderungsmaßnahmen. Dieses Geld kann viel sinnvoller eingesetzt werden, wenn dauerhafte Arbeitsplätze in einem öffentlichen Beschäftigungssektor geschaffen werden. Das würde die Sozialpolitik und damit die zukünftige Grundsicherung mittelfristig schon ganz erheblich entlasten.

Die PDS unterbreitet Vorschläge, wie mehr Geld zur Finanzierung der Grundsicherung in die Kassen kommt. Wohl-gemerkt: der finanzielle Bedarf entsteht nicht durch die Grundsicherung; auch heute kostet die Arbeitslosigkeit immense Summen, und dennoch verarmen immer mehr Menschen.

Der zentrale Vorschlag:

- Zukünftig soll sich der Beitrag zu den Sozialversicherungen nicht aus der Lohnsumme allein berechnen, sondern es ist die gesamte Wertschöpfung der Betriebe als Bemessungsgrundlage einzubeziehen.

Als Einnahmequellen kommen unter anderem hinzu:

- die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Erwerbstätigen;
- die wirksame Bekämpfung von Steuer-ermißbrauch, Steuerhinterziehung und Steuerflucht;
- eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte.

Mit dem Antrag auf soziale Grundsicherung legt die PDS einen umfassenden und weitreichenden Vorschlag zur Bekämpfung von Armut und sozialer Abhängigkeit vor. Dieser Vorschlag ist ein präziser Bestandteil des 5-Punkte-Programmes zur Umverteilung und für soziale Gerechtigkeit der PDS.

Mit Anzeigen in der „taz“ und in der „Zeit“ hat sich der vom Kölner Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) initiierte „Appell von Hannover“ für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts (wir berichteten in der letzten Ausgabe) inzwischen an die deutsche Öffentlichkeit gewendet. Wir dokumentieren den Aufruf und eine vorläufige Liste der Unterstützenden (Stand: 3. Februar).

Zum zweiten Mal nach 1993 hat die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Die bisherige Reaktion der türkischen Regierung läßt befürchten, daß auch dieses Angebot zur Einstellung der Gewalt und zur friedlichen, politischen Lösung der Kurdenfrage ungenutzt bleibt. Deshalb wenden wir uns heute an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Zustimmung und Unterstützung unseres Appells, der an die Bundesregierung, den Europarat und die Staaten der EU gerichtet ist.

Wir rufen dazu auf, diesen erneuten Versuch zur Beendigung des Krieges um Zeitpunkt der Aufnahme der Türkei in die Zollunion der EU und der Bildung einer neuen türkischen Regierung zu nutzen, um ein wirklich neues Kapitel in den Beziehungen zwischen dem türkischen und kurdischen Volk einzuleiten.

Für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes

„APPELL VON HANNOVER“

Wir appellieren dabei insbesondere an die Bundesregierung, ihren Einfluß auf die türkische Regierung auszuüben, das Waffenstillstandsangebot positiv mit der eigenen Einstellung von Kriegshandlungen zu beantworten und in Gespräche mit der kurdischen Seite über das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben innerhalb der bestehenden Grenzen einzutreten.

Alle Staaten der Europäischen Union sind nunmehr verpflichtet, den Prozeß der Demokratisierung in der Türkei zu unterstützen und die unverzichtbare Achtung der Menschenrechte mit allen geeigneten Mitteln durchzusetzen. Dazu gehört, daß die Militärlieferungen solange eingestellt werden, wie nicht der Friede innerhalb der Türkei hergestellt ist. Dazu gehört aber auch, daß die wirtschaftliche Kooperation nicht ungeachtet der Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage weiter-

geführt wird und die Bemühungen der kurdischen Seite zum Aufbau von Institutionen für politische Verhandlungen wie das Exilparlament ernst genommen und genutzt werden.

Derartige Initiativen werden gleichzeitig der Entspannung zwischen der kurdischen Bevölkerung im Exil und den staatlichen Behörden dienen und zur Anerkennung der kurdischen Vereinigungen führen. Allerdings erfordert dies die Aufhebung der Verbote kurdischer Vereine und Organisationen in der BRD.

11 Jahre schon dauert dieser sinnlose Krieg, der mit den unzähligen Toten, der Vertreibung von Hunderttausenden und der Vernichtung von über 3.000 Dörfern und Städten in Kurdistan immer mehr das Ausmaß eines Völkermordes annimmt, der aber auch die türkische Gesellschaft in eine tiefe Krise gestürzt hat.

Die internationale Gemeinschaft darf diesem mörderischen Konflikt nicht länger tatenlos zuschauen. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, das Europaparlament und die Staaten der EU, den einseitigen Waffenstillstand als wirkliche Chance für den Frieden anzunehmen und alles, was in ihren Möglichkeiten steht, zu ergreifen, damit auch die türkische Seite den Weg der Gewalt verläßt und dem sich anbietenden Dialog zu einer politischen Lösung der Konflikte zustimmt.

Wir unterstützen diesen Appell und bitten um weitere Unterschriften:

ERSTUNTERZEICHNER:

Prof. Dr. Norman Paech, Dr. Helga Adler (Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen), Hans Brandtscheidt (medico international), Kurdistan Informations-Zentrum Köln, Angelika Graf (MdB, SPD), Bundesverband der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD (JUSOS), Thorsten Schäfer (Vorsitzender der JUSOS/Hessen-Süd), Heiko Kauffmann (Sprecher von PRO ASYL), Dr. Helmut Lohrer (Arbeitskreis Süd-Nord der deutschen IPPNW), Kambiz Behbahani (Mitglied des Bundesvorstandes B90/Die Grünen).

WEITERE UNTERZEICHNER (3.2.96):

Prof. Dr. Ulrich Albrecht (FU Berlin), Tarek Al-Vazir (MdB, B90/Grüne Hessen), Roland Appel (MdB, B90/Grüne NRW), Prof. G. Auerhainer (Uni Köln), Edgar Austen (Pfarrer in St. Georg, Braunschweig), Edgar Auth (Journalist), Prof. Dr. Kurd Bader (FH NON/Hochschullehrer), Christiane Bainski (MdB B90/Grüne, NRW), Dieter Balle (Journalist), Jens Ball (Pfarrer in St. Georg, Braunschweig), Rıza Baran (MdB B90/Grüne, Berlin), Regine Barth (Bundesvorstand B90/Grüne), Prof. Dr. Rudolph Bauer (Institut für Lokale Sozialpolitik & Nonprofit-Organisation, Uni Bremen), Ludwig Baumann (Träger des Aachener Friedenspreises 1995), Antje Becker (Rechtsanwältin), Angelika Beer (MdB B90/Grüne), Prof. Dr. jur. Michael Benjamin, Anke Blank (Hamburg), N. Biermann (Studienrat, Kochendorf), Elard Biskamp (Rechtsanwalt am OLG), Undine von Blottnitz (MdB, B90/Grüne), Dr. Barbara Bomberger, Prof. Dr. Ulrich Briefs (Uni Bremen/Uni Paris-Dauphine), Joachim Bremer (Rechtsanwalt am OLG), Uli Breuer (IG Medien, Bezirk Frankfurt), Prof. Dr. phil. Anna Brockmann (Uni Bremen), R. Buchwald (Lehrer), Bündnis 90/Grüne Kreisverband Lüneburg, Bündnis 90/Grüne Ratsfraktion Lüneburg, Eva Bulling-Schröter (MdB, PDS), Wolfgang Burggraf (Interkulturelle Bewusstseinsarbeit, Missionszentrale der Franziskaner), Ozan Ceyhan (BAG-Sprecher, B90/Grüne), Jürgen Corell (BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten e.V.), Renan Demirkan (Schauspieler), Prof. Dr. med. H.U. Deppe (Frankfurt), Prof. Dr. Frank Deppe (Marburg), Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in Sozialer Verantwortung (IPPNW), Amke Dietert-Scheuer (MdB, B90/Grüne), Jo Dreiseitel (im Vorstand der B90/Grünen Hessen), Prof. Dr. Andreas Dress (Universität Bielefeld), Pastor Hartmut Drewens (Evangelische Kirche Bremen), Dr. Hans-P. Drögemüller (Hamburg), Karstin Duhme (Landesvorstand B90/Grüne Brandenburg), Prof. Dr. Gerhard H. Duismann (Uni Hamburg), Prof. Hans-Peter Dürr (Max-Planck-Institut für Physik), Heinrich Graf von Einsiedel (MdB, PDS), Dr. Ludwig Elm (MdB, PDS), Michael Enger (Journalist), Barbara Ernst (Sozialarbeiterin), Dr. Helmut Essinger (Universitätsprofessor a.D.), Br. Thomas Maria Folger (Franziskaner, Berlin), Prof. Dr. Klaus Fritzsche (Universität Gießen), Andrea Frohmader (Bosnienkomitee Bremen), Dr. Jutta von Freyberg (Historikerin), Dr. Hansgeorg Frohn (Berlin), Ursula Regina Frohn (Berlin), Matthias Gärtner (MdB, PDS Sachsen-Anhalt), PD. Dr. Klaus F. Geiger (GHS, Kassel), Doris Gercke (Schriftstellerin), AG Frieden-Gerechtigkeit-Bewahrung der Schöpfung der Franziskanerinnen und Franziskaner in Deutschland, Prof. Dr. Werner Goldschmidt (Hochschule für Wirtschaft und Politik), Dr. Horst Goldstein (Missionszentrale der Franziskaner Berlin), Prof. Dr. med. Ulrich Gott-

stein (Mitglied des Direktoriums der internationalen IPPNW), Grüne Liste Stadtratsfraktion Erlangen, Prof. Dr. Ulrich Garber (Hochschullehrer Uni Osnabrück), Prof. Dr. Günter Graumann (Universitätsprofessor Bielefeld), W. Grell (Pastor i.R./Latendorf), Reiner Hamann (Landesvorsitzender von B90/Grüne Hessen), Prof. Dr. Franz Hamburger (Pädagogisches Institut, Uni Mainz), Prof. Dr. Haumann, Corinna Hauswedel (i. Vorsitzende der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden), Prof. Dr. Jutta Held (Uni Osnabrück), Dr. Hisham Hammad (MdB B90/Grüne NRW), Hulle Hartwig (MdB, SPD Niedersachsen), Dr. Tili Müller-Heidelberg (Bundesvorsitzender der Humanistischen Union), Prof. Dr. phil. rer. pol. Güner Heinsohn (Sozialpädagogik, Uni Bremen), Dr. Gerhard Hick (Pädagogisches Institut, Uni Mainz), Prof. Dr. rer. nat. Erika Hinkel, Pater Enrico Hickmann (Porto Alegre, Brasilien, z. Zt. Missionszentrale der Franziskaner), Uwe Hilsch (SPD, MdB), Dieter Hildebrandt (Kabarettist), Dr. Arendt Hindriksen (MdB B90/Grüne, Bremen), Hiltrud Hofmann (Vorstandssprecherin B90/Grüne, Hessen), Dr. Markus Höfner-Mehlmer (Pädagogisches Institut, Uni Mainz), Horst Holzer (Sozialwissenschaftler), Dr. Barbara Höll (MdB, PDS), Prof. Dr. Dirk Hoerder (Uni Bremen, Migrationsforschung), Thomas Hoffmann (Referent für Zivildienst/Diakonisches Werk der ev. Kirche in Württemberg), Volker Maria Hügel (Sprecher des Flüchtlingsrates NRW, stellvert. Sprecher von PRO ASYL), Ellis Huber (Präsident der Ärztekammer Berlin), Barbara Hüsig (Rechtsanwältin), Internationale Liga für Menschenrechte, Mehdi Jafari-Gorzini (Landesvorsitzender B90/Grüne Rheinland-Pfalz), Prof. Dr. Wolfgang Janitz (Stg. Behindertenpädagogik, Uni Bremen), Prof. Jörn Janssen (Fachhochschule Dortmund), Ulla Jepke (MdB, PDS), Prof. Dr. Uwe-Jörg Jopt (Uni Bielefeld), Dr. Erwin Jordan (Vizepräsident des niedersächsischen Landtages, B90/Grüne), Dirk Joußen (Fachreferent Bildung/Hochschulpolitik B90/Grüne Bayern), Dr. Cornelia Jungfrichter (Lehrerin/Psychotherapeutin), Landesverband der JUSOS Sachsen-Anhalt, JUSO Unterbezirk Köln, Kampagne „Produzieren für das Leben, Rüstungsexporte stoppen!“, Filiz Karşilgil (Landesvorstand B90/Grüne NRW), Alexander Kauz (Türkei-Kurdistan-Koordination, B90/Grüne), Dietrich Kittner (Kabarettist, Hannover), Br. Innozenz Klemisch (Franziskaner, Berlin), Christine Klissenbauer (Menschenrechtsreferat Missionszentrale der Franziskaner/Pax Christi Solidaritätsfond), Otto Klippenstein (Soziologe), Eva Klippenstein (Flüchtlingsrat NRW), Angelika Köster-Loßack (MdB B90/Grüne), Elisabeth Köhler (MdB, B90/Grüne Bayern), Prof. Dr. h.c. Lew Koppelow (Schriftsteller), Dr. h.c. Karlheinz Koppe (Generalsekretär der IPPA, Bonn), Probst Armin Kraft (evang. Kirche Braunschweig), Gertraude Krause (MdB, SPD), Prof. Clemens Knoblauch (Uni GH/Gießen),

Rolf Köhne (MdB, PDS), Prof. Dr. Peter Kahulec (Sprecher des Arbeitskreises „Frieden“ in Forschung und Lehre an Fachhochschulen), Prof. Dr. Walter Kreck (Bonn), Wolfgang Kreissl-Dörfler (MdB, Grüne), Kreisverband B90/Grüne Köln, Prof. Ingrid Kurz, Joachim Kanitz (Pfarrer), Heike Krause (Rechtsanwältin, Köln), Prof. Dr. Hubert Laitko (Wissenschaftshistoriker), Landtagsfraktion B90/Grüne Niedersachsen, Landtagsfraktion B90/Grüne Rheinland-Pfalz, Landtagsfraktion PDS Sachsen-Anhalt, Andrea Lederer (MdB, PDS), Gudrun Lehmann (MdB, Grüne), Ekkehard Lentz (Sprecher des Bremer Friedensforums), Norbert Liebermann (Pastor der evang.-luth. Landeskirche, Hannover), Dr. Dagmar Lili (Ausländerbeauftragte des Landes Bremen), Karoline Linnert (MdB B90/Grüne), Heidi Lippmann-Kasten (MdB, B90/Grüne Niedersachsen), Tessa Lödermann (MdB, Fraktionsvorsitzende B90/Grüne Bayern), Rüdiger Lötzer (Verleger, Red. „Kurdistan-Rundbrief“), Prof. Dr. Ingrid Lohmann (Uni Hamburg), Heidemarie Luth (MdB, PDS), Günter Lüttge (MdB, SPD), Prof. Dr. Hans Mausbach (Arzt), Heide Matischeck (MdB, SPD), Prof. Dr. G. Matthies (Hochschullehrer, Bremerhaven), Friedhelm Meyer (Pfarrer, Düsseldorf), Karl-Otto Meyer (MdB, SSW-Fraktion Schleswig-Holstein), Prof. Dr. Erhard Meueler (Pädagogisches Institut Uni Mainz), Hans Modrow (Ehrenvorsitzender PDS), Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch (Hochschule Bremen), Pater Andreas Müller (Geschäftsführer Missionszentrale der Franziskaner), Petra Münzel (MdB, Die Grünen), Bärbel Narhammer (MdB, SPD, Bayern), Nicola Neider (Missionszentrale der Franziskaner), Paul Nellen (Dipl. Pol., Journalist), Heinz Jürgen Nieß (Journalist, Bonn), Barbara Noack (ehem. MdB), Heinz-Ludwig Nollenburg (Fraktionsvorsprechender von B90/Grüne im Gemeinderat Wiesenbach), Bernhard Notz (Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden), Prof. Elke Nyssen (Universität GH Essen), Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München, Prof. Dr. Bernd Okun (Leipzig), Prof. phil. Bernd Overwien (wiss. Assistent TU Berlin), PD. Dr. Ute Osterkamp (FU Berlin), Prof. Melke Plesch, Dr. Gisela Penteker (Vorstandsmitglied der deutschen IPPNW), Dr. Hermanus Pfeiffer (Wirtschaftswissenschaftler, Publizist), Siegfried Pick (Pfarrer, AK Asyl Rheinland-Pfalz), Horst Pletrek (Dipl. Mathematiker, Freier Künstler), Prof. Dr. W. Popp (Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden), Prof. Dr. Hans Poerschke (Mitglied des MDR-Rundfunkrates), Prof. Dr. Dietger Pforte (Literaturwissenschaftler, Berlin), Dorthe Pforte-Herbst (Dipl. Bibliothekarin, Berlin), Tobias Pforte (Schüler, Berlin), Gieselher Quast (Domprediger, Magdeburg), Prof. Dr. Stephan Quensel (Bremen), Prof. Dr. Dietrich Rabenstein (Hochschullehrer, FH Hamburg), Prof. Dr. Dr. Horst Eberhard Richter (Vorstandsmitglied der deutschen IPPNW), Sophie Rieger (MdB, Die Grünen), Prof. Dr. Jür-

gen Rochlitz (MdB B90/Grüne), Ulrich Reineke (Pastor, Bremen), Manfred Richter (Pfarrer, Berlin), Prof. Dr. Werner Ruf (Gesamthochschule Kassel), Ernst Ronte (Rechtsanwalt und Notar), Mechthild Rothe (MdB, SPD), Heide Rühle (Polit. Bundesgeschäftsführung B90/Grüne), Vorstand des Rüstungs-Informationsbüros Bad.-Württ., Michael Sack (Rechtsanwalt), Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler (Bremen), Gıyasettin Sayan (MdB, Berlin), Sc. M. Angelica Schapmann (Franziskanerin, Berlin), Hella Schlumberger (Schriftstellerin), Lilly Schlumberger-Dogu (Mitglied im bay. Landesvorstand B90/Grüne, Mitgl. im bay. Flüchtlingsrat), Andreas Schillo (Pax Christi Solidaritätsfonds), Wolfgang Schmid (Rechtsanwalt), Prof. Dr. Jürgen Schneider, Johannes Schettler (Vizepräsident Pax Christi), Michael Schrick (Stiftung Umverteilung), Prof. Dr. Herbert Schul (Hochschule für Wissenschaft und Politik, Hamburg), E. Schultz & A. Timmer (Rechtsanwälte, Bremen), Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling (Hochschullehrerin), Wolfgang Schwerdtfeger (Republikanischer Anwaltinnen- und Anwälteverein), Martin Schultz (MdB, SPD), Sibylle Schücking-Helfrich (Tierärztin, Sassenberg), Jo Schroers (Landesschatzmeister B90/Grüne NRW), Günter Schwarberg (Journalist), Prof. Dieter Segert (Hochschullehrer, HU Berlin), Rita Selitrenny (Mitgl. im BUVO B90/Grüne), Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (MdB, SPD), Dorothee Sölle (Schriftstellerin, Hamburg), Gert Sommer (i. Vors. der Friedensinitiative Psychologie und psychosoziale Berufe, Marburg), Dr. Cornelle Sonntag-Wolgast (MdB, SPD), Dr. Richard Sorg (Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen), Eckart Spoo (Journalist), Der Sprecher- und Sprecherinnenkreis der Christlichen Initiative Internationales Lernen, Prof. Dr. Udo Steinbach (Leiter des Deutschen Orient-Instituts), Prof. Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer, Armin Stolle (Bremen), Dr. Hans-Christoph Stoodt (Pfarrer), Thea A. Struckmeyer (Terres des Femmes), Prof. Dr. Joachim Tesch, Prof. Dr. Jürgen Thöming (Hochschule Vechta, Dozent), Steffen Tippach (MdB, PDS), Uta Titze-Schäfer (MdB, SPD), Probst Wolfram Trajok (kath. Kirche, Braunschweig), Hans-Joachim Tschiche (MdB, B90/Grüne Sachsen-Anhalt, Fraktionsvors.), Prof. Dr. Marie Velt (Marburg), Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte e.V., Peter Vogel (mfm Agentur), Dr. Wolfgang Voigt (Dozent, Hamburg), VVN/BdA, LV Hessen, Prof. Dr. Jürgen Waller (Rektor der Hochschule für Künste, Bremen), Weltfriedensdienst e.V. Berlin, Prof. Margret Wens (FH Hamburg), Hans-Otto Wiebus (Journalist, München), Dr. G. Wiegand (Arzt), Dr. Winfried Wolf (MdB, PDS), Barbara Wulff (MdB, SPD), YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), Wilmya Zimmermann (MdB, SPD)

Koordination: Kurdistan Informations-Zentrum, Postfach 10 19 37, 50459 Köln, Tel: 0221/13 00 422, Fax: 0221/13 00 424

BRD nach wie vor die Nummer 1

Investitionen in der Tschechischen Republik

Die direkten Investitionen des Auslandskapitals in der Tschechischen Republik betragen für die ersten drei Quartale 1995 52,727 Mrd. Kronen (ca. 3 Mrd. DM). Seit 1990 wurden in der Tschechischen Republik direkt 139,045 Mrd. Kronen (ca. 7,8 Mrd. DM) investiert. Die größten Investoren in der Tschechischen Republik waren 1995: 1. die Niederlande – insgesamt 35,9%, 2. Schweiz – 34,2%, 3. BRD – 11,9%. Wesentliche Ursache für diese Reihenfolge war der Einstieg der beiden erstgenannten Länder beim Staatsbetrieb Telecom. Das Konsortium TelSource (PTT Niederlande – Swiss Telecom) hatte nämlich einen 27%-Anteil an der tschechischen Telefongesellschaft erworben. Insgesamt aber ist bei den Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik die BRD nach wie vor führend – ihr Anteil macht 27%. Den zweiten Platz hat die Schweiz gewonnen (15,7%), dann folgen die Niederlande (14,6%), die USA (14,1%) und Frankreich (10,1%).

Die tschechische Staatsagentur CzechInvest, die auf die Unterstützung der Auslandsinvestitionen eingerichtet ist, propagiert eifrig Standortvorteile des Landes: die zentrale Lage Tschechiens, die „frische“ Mitgliedschaft in der OECD, die geringe Auslandsver-

schuldung, billige und zugleich hochqualifizierte Arbeitskräfte usw. Und: „Auch Vergleiche in ‚politischer Stabilität‘ – ein Wink in Richtung der polnischen Präsidentenwahl – (brauchen) nicht gescheut zu werden“ (die tschechische Regierung gilt – wie bekannt – als fundamental rechts orientiert, diese Tatsache kann wirklich für das Kapital anlockend sein).

Eine wichtige Stellung bei der Durchsetzung des deutschen Kapitals in der Tschechischen Republik spielt auch der Ost-West-Wirtschaftsclub e.V. München (OWWC). Er wurde schon 1968 gegründet und hat heute ca. 180 Mitglieder – Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft (vor allem in Bayern). Der Club hat direkten Kontakt zu mehr als 1200 tschechischen Firmen, und seine Mitglieder werden regelmäßig über die gegenwärtige Situation der tschechischen Wirtschaft und die Aussichten für die Zukunft informiert – und zwar von den höchsten tschechischen Regierungsstellen. Beachtenswert ist, daß der Vorsitzende (Josef Döllner) und Schatzmeister des OWWC (Walter Richter) in der Sudetendeutschen Landsmannschaft sind – Walter Richter war auch seinerzeit der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen.

e.h. (Pilsen)

Privatisierungsgewinner

Deutsche Energiekonzerne kaufen sich in Ungarn ein

Der RWE-Konzern hat sich bei der Privatisierung der ungarischen Energiewirtschaft im Dezember 1995 einen fetten Happen einverleibt. Zusammen mit der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS) kaufte sich RWE mit Aussicht auf eine Mehrheit bei drei großen ungarischen Stromunternehmen ein. Sie gewannen den Tender, in dem sich ausländische Investoren an dortigen Stromversorgern beteiligen durften. Für zusammen 1 Milliarde DM kaufen RWE mit einem Anteil von 70 und EVS mit einem Anteil von 30 Prozent in zwei Stufen die Mehrheit der Budapester Elektrizitätswerke AG (ELMÜ), der Nordungarischen Stromversorgung AG (EMASZ) und der Bergbau- und Kraftwerksgesellschaft MATRA AG. Die PreußenElektra ging in dieser Runde leer aus.

Zum Zuge beim Strom kamen noch die Bayernwerk AG bei dem kleineren Versorger Dedasz, die Isar-Amperwerke AG als gemeinsame Tochter von RWE und Bayernwerk bei der ebenfalls nicht ganz so großen Titacz und als weitere ausländische Investoren die französische Electricité de France (Edf) sowie ein belgisches Energieversorgungsunternehmen.

Bei der Privatisierung der ungarischen Gaswirtschaft war das deutsche Konsortium Ruhrgas und Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) erfolgreich. Für die Übernahme weiterer ungarischer Gasversorger bewerben sich noch Bayernwerk und die Hamburger GASAG.

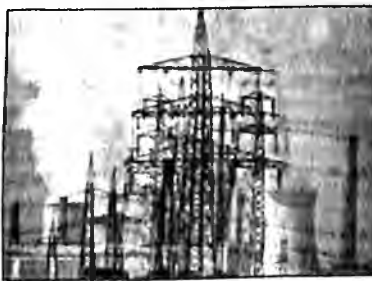
Für den RWE-Vorstandsvorsitzenden Roland Farnung hat der „ungewöhnlich

schnell“ erfolgte Ausverkauf der ungarischen Stromversorgung noch einen besonderen Reiz. Denn zu MATRA zählt ein Braunkohle-Bergbau, dessen Vorräte laut Farnung „für gut 40 Jahre zur Stromerzeugung reichen“. Und die RWE hat sich bei der Vertragsunterzeichnung der Beteiligungen gleich noch drei profitträchtige Projekte mit genehmigen lassen: den Bau von drei je 500 Megawatt großen Blöcken eines neuen Braunkohlenkraftwerks, den Abbau der Braunkohle sowie die Möglichkeit, in Ungarn die Strompreise erhöhen zu dürfen.

Letzteres will die RWE gemeinsam mit der derzeitigen ungarischen Regierung tun. Diese hat beschlossen, die in Ungarn subventionierten und angeblich bei weitem nicht kosten-deckenden derzeitigen Strompreise in zwei Stufen zum 1. April und zum 1. Oktober 1996 um je-

weils 18 Prozent (!) zu erhöhen. Nur mit auf solchen und weiteren für die ungarischen Werktätigen noch zu erwartenden Preiserhöhungen gegründeten Profiterwartungen lassen sich denn auch die von den deutschen und anderen ausländischen Investoren zugesagten Investitionen von etwa vier Milliarden Dollar erklären, die diese der ungarischen Regierung bis kurz nach der Jahrtausendwende zugesagt haben. Allein für das Braunkohle-Kraftwerk, zu dessen Bau RWE allerdings nicht zwingend verpflichtet ist, mußten eine Milliarde DM aufgebracht werden.

Quelle: Energie & Management, Zeitung für den Energiemarkt, vom 15. Januar 1996 - (mfo)



Dummheit oder was?

Zur Regierungskrise in Polen

Von Wulf Schade

Ende Januar mußte der Premierminister vom Bündnis der Demokratischen Linken, Josef Oleksy, zurücktreten. Grund? Er hielt nachbarschaftliche – wie er sagt –, geheimdienstliche – wie seine Gegner und Gegnerinnen sagen – Kontakte mit dem 1. Sekretär der erst sowjetischen, dann russischen Botschaft, auch als er schon Premier Polens war. Dieser Herr der russischen Botschaft war Agent des früheren sowjetischen Geheimdienstes KGB. Oleksy bestreitet, das gewußt zu haben. Schon allein wegen dieser dummen Erklärung meinten viele Menschen in Polen, daß Oleksy zurücktreten müsse, obwohl er

licherweise, so Oleksy und der SLD, die Diskreditierung Polens auf der internationalen Bühne als vom russischen Geheimdienst unterwandert zu erreichen, um so Polens Bestrebungen zum Nato-Eintritt zu unterminieren. Außerdem versuche mit Hilfe des völlig haltlosen Spionagevorwurfs die politische Rechte ihre Wahlniederlagen der letzten zwei Jahre wettzumachen und den Wählerwillen zu mißachten.

Die da oben bekämpfen sich wieder einmal

In der Tat entstand bei vielen Menschen in Polen der Eindruck, die politische Rechte und der Präsident Walesa versuchen, ihre Wahlniederlage wettzumachen. Denn die internen Ermittlungen gegen Oleksy begannen bereits länger vor den Präsidentschaftswahlen im November 1995, die mit einem Sieg des SLD endeten, also des gemeinhin als links geltenden Lagers. Damit war die politische Rechte durch den Wählerwillen erst einmal völlig ausgeschaltet.

Aber wenn auch der Agentenvorwurf in Polen nicht den großen Widerhall findet, hatte die Forderung nach Rücktritt von Oleksy doch Rückhalt. Denn schon allein die oben bereits erwähnte dumme Stellungnahme von Oleksy zu seiner Bekanntschaft reichte aus.

Aber insgesamt bewegte viele Menschen in Polen wohl etwas anderes: Wieder einmal bekämpften sich die politischen Eliten mit allen unfairen Mitteln. Keine von beiden Seiten war ihre Seite. Die Rechte hatte wohl nur ein einziges Argument, das wirklich stach: Die Öffentlichmachung der Vorwürfe gegen Oleksy vor dem Abschluß interner Untersuchungen wurde von Walesa damit begründet, daß nach der Übernahme des Präsidentenamtes durch Kwasniewski und der damit verbundenen Ernennung eines neuen Innenministers die weitere Untersuchung unterdrückt worden wäre. Alle anderen Argumente, man habe das aus Sorge um Polen gemacht o.ä., nimmt der politischen Rechten in Polen kein nüchtern denkender Mensch ab. Zu sehr hat sie sich in der Vergangenheit als durch Karrierismus zerstrittene Formation, die mit ihren fundamentalistischen Grundsätzen eher Angst hervorruft, sollte sie mal die Regierungsgewalt übernehmen, be-



ein hohes Ansehen als handlungsfähiger, entschlossener, aber durchaus kompromißbereiter Premier besaß. Natürlich waren diese Kontakte ein gefundenes Fressen für die Gegnerinnen und Gegner der jetzigen Regierungskoalition.

Hintergründe

Wenige Tage, d. h. Mitte Dezember 1995, vor Übergabe des Präsidentenamtes an Aleksander Kwasniewski, der bis dahin Fraktionsvorsitzender der regierenden SLD und Vorsitzender der Sozialdemokratie der Republik Polens (SdRP) war, zündete der Noch-Präsident Lech Walesa zusammen mit dem Noch-Innenminister eine politische Bombe: Oleksy sei Agent des russischen Geheimdienstes. Dazu legten sie Dokumente der Militärstaatsanwaltschaft vor, die für Spionagefälle zuständig ist. Diese leitete Voruntersuchungen ein, um zu entscheiden, ob eine förmliche Untersuchung eingeleitet werden müsse. Als diese dann in der Sache – noch nicht gegen Oleksy – eingeleitet wurde, erklärte Oleksy Ende Januar seinen Rücktritt.

Oleksy wies alle Vorwürfe zurück und sprach von einer Fälschung und politischen Verschwörung, die mit Hilfe eines fremden Geheimdienstes organisiert wurde. Mit „fremd“ war hier der russische Geheimdienst gemeint, denn die wohl wesentlichsten Beweise sind von Agenten des polnischen Geheimdienstes im russischen Geheimdienst geliefert worden. Grund sei mög-



wiesen.

Die um den SLD organisierte Linke dagegen hat durch die kleinen Schwindereien über den Berufsabschluß von Kwasniewski wie auch sein angeblich unbeabsichtigtes falsches Ausfüllen der Vermögensbescheinigung, v.a. aber durch ihre Personalpolitik nicht zuletzt im Justizapparat bei vielen Menschen in



Polen nur die Skepsis ihr gegenüber bestätigt. Dieser Linken hielt und hält man zugute, daß sie effektiv regieren könne, v.a. im Vergleich zur Rechten. Aber Vertrauen im Sinne von Ehrlichkeit hat diese Formation auch nicht, wohl bei den meisten ihrer Wählerinnen und Wähler auch vorher nicht gehabt.

Ein Brief von Kuron und Modzelewski

Politisches Gespür gegenüber der Bevölkerung hatten nur Jacek Kuron und Karol Modzelewski. Hier zeigt sich wieder einmal, warum Kuron seit Jahren der beliebteste Politiker ist. Diese beiden schrieben am 17. Januar einen offenen Brief an die politischen Parteien, in dem sie warnten, die Krise um Oleksy dazu auszunutzen, demokratische Wahlniederlagen wettzumachen. Das würde die Ablehnung der Bevölkerung gegenüber allen daran teilnehmenden Gruppen und Parteien nur verstärken. Zumal viele dieser Parteien überhaupt keine gemeinsame programmatische Grundlage hätten. Kuron und Modzelewski spielten auf die Versuche an, eine breite Regierungskoalition aus der aus der Solidarnosc-Bewegung stammenden linkssozialdemokratischen UP über die demokratisch-liberale „Freiheitsunion“ (UW) bis hin zur nationalistischen KPN und dem bisherigen Koalitionspartner des SLD, PSL, zu bilden. Programmatisch gibt es hier praktisch nur Gegensätze.

Dieser Brief fand nur bei sehr wenigen politischen Akteuren positive Beachtung. Man lehnte ihn in der Regel schlicht ab und verurteilte die beiden Schreiber. Das ging sogar so weit, daß der Parteirat der ursprünglich im positiven Sinne kritisch bürgerlichen UW ihr Mitglied Kuron deswegen verurteilte, obwohl die überwiegende Mehrheit des Rates diesen Brief bis dahin überhaupt nicht kannte. Das aber zeigt nur, wie weit es der Rechten in bezug beispielsweise auf die UW bereits gelungen ist, kritisches Denken abzugewöhnen. Kuron und Modzelewski haben das wohl befürchtet, und sie sehen auch, daß, wenn es dem SLD gelingt, schnell wieder eine funktionierende Regierung zu bilden, diesem die Krise bei dieser prinzipienlos pragmatischen Opposition nicht weiter schadet.

Wulf Schade ist Mitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD

Freiheit für die gefangenen Guerilleros und Kader

Erklärung der Tupac Amaru (Peru)

Wir dokumentieren eine Erklärung der Nationalen Leitung der revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA) aus Peru. Darin wird auch Stellung zu einem Bericht von „Panorama“ vom 17.12. bezogen, in dem behauptet worden war, die MRTA hätte ein Massaker an den Abgeordneten des peruanischen Kongresses beabsichtigt.

Die nationale Leitung der revolutionären Bewegung Tupac Amaru wendet sich an die nationale und internationale Öffentlichkeit, um über die wahren Umstände der Geschehnisse, die sich in Lima zwischen dem 30. November und 1. Dezember ereignet haben und die in der Festnahme von zwanzig Mitgliedern der MRTA gipfelten, zu informieren.

In Erwägung, daß

- nach dem selbstinszenierten Staatsstreich (autogolpe) vom 5. April 1992 Herr Fujimori und die Militärs eine Diktatur mit all ihren repressiven Methoden installiert, die darauf ausgerichtet sind, die Volksbewegung und die Guerilla zu zerstören;
- eine dieser Methoden das sogenannte Gesetz der Reue (Kronzeugenregelung) ist, welches es der Regierung ermöglicht, auf einige Verräter zu zählen, wie Cistero Garcia Torres „Ricardo“ und Andres Mendoza Del Aguila „Grillo“, und in dessen Konsequenz der Geheimdienst Teile der inneren Struktur der MRTA kennenlernten;
- 12 Jahre Staatsterrorismus und die Anwendung einer brutalen Schockpolitik zu einem Verschleiß innerhalb der ArbeiterInnen- und Volksbewegung führte, die deswegen, um einen Zusammenbruch zu vermeiden, in einen Prozeß des strategischen Rückzugs eintrat;
- außerdem durch die Diktatur eine gewaltige psychologische Kampagne gestartet wurde, mit der die Kämpfe des Volkes und der Guerilla diskreditiert werden sollten, indem sie mit dem Drogenhandel und der „Pol-Pot-Politik“ von Sendero Luminoso in Verbindung gebracht wurden.

Aufgrund dieser Erwägungen im April/Mai 1993 faßte die nationale Leitung der MRTA folgende Entscheidungen:

- Die politischen und militärischen Strukturen sollen geordnet zurückgezogen werden, um dem Sicherheitsapparat die kleinstmögliche Zielfläche zu bieten.
- Die politische Arbeit in den internen Strukturen der Partei und in den Volksorganisationen soll verstärkt werden, um damit GenossInnen und Strukturen in den städtischen und ländlichen Zonen einzusetzen, aus denen wir uns „zurückgezogen“ haben.
- Die bewaffnete Propaganda als Mittel der Konzentration von Kräften soll entwickelt werden, und innerhalb der Massen soll das Vertrauen in die eigene Kraft gestärkt werden.

Diese Entscheidung, die von den AktivistInnen diszipliniert umgesetzt wurde, erzeugt allerdings in einigen Bereichen der Bevölkerung und der Intellektuellen eine ziemliche Verwirrung, da diese begannen, den Erklärungen der Diktatur Glauben zu schenken, die versicherte, daß die MRTA verschwunden sei.

In der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember durchbrach das Knattern von Maschinengewehren die nächtliche Stille, die Informationsblockade

und die „Befriedung des Landes“, welche die Diktatur als eines ihrer großen Ziele präsentierte. Der Zusammenstoß fand in dem Stadtteil Molina in Lima statt, und die Beteiligten waren eine Handvoll von Tupacamaristas, bewaffnet mit Gewehren, Handgranaten und der vollständigen Überzeugung ihrer revolutionären Ideen und auf der anderen Seite 600 Polizisten und Militärs mit Amphibien-Kampffahrzeugen der Kriegsmarine, Hubschraubern und Panzern des Heeres, in denen das Erstaunen, die Verwirrung und die Demoralisierung offensichtlich waren.

Einige Informationsmedien und verschiedene Intellektuelle verbreiteten diverse Vermutungen, die lediglich auf den Informationen der Geheimdienste basierten und die die Wahrheit über die Geschehnisse verdrehten. Die Tatsachen, die wir veröffentlichen, sind Teil der Praxis der MRTA, die immer die Verantwortung für alle Erfolge, aber auch Fehler, die wir begehen, übernimmt.

Zunächst sei gesagt, daß die MRTA in keiner Weise in den Drogenhandel verwickelt ist, wie im übrigen selbst die Regierung über ihren Außenminister



Efrain Goldenber in einer Erklärung im spanischen Radio Exterior im Dezember 1994 anerkannte. Zweitens, in diesen zweieinhalb Jahren, in denen die Beschlüsse der nationalen Leitung umgesetzt wurden, konnten neue MitkämpferInnen und AktivistInnen gewonnen werden, welche in den Guerillacamps und in den Städten des Landes ausgebildet wurden.

Das Haus in der Alameda del Corregidor in Lima funktionierte als Ausbildungszentrum für unsere AktivistInnen. Außerdem diente es als Treffpunkt für die GenossInnen der Spezialeinheiten des EPT (Volksheer Tupac Amaru), welche aus ihren Guerillaeinheiten dazu ausgewählt waren, an einer bedeutenden Aktion teilzunehmen, wie es die Besetzung des Kongresses der Republik gewesen wäre. Das politische Ziel einer solchen Aktion war die Befreiung der Gefangenen aus den Hochsicherheitsknästen. Die Herren Kongreßabgeordneten sollten als Kriegsgefangene genommen werden, wobei ihre Rechte respektiert worden wären. Und sie wären nur freigelassen worden, wenn die Regierung folgende Forderungen erfüllt hätte:

- Abschaffung der Amnestie für die Verantwortlichen des Völkermordes
- Wiederherstellung von stabilen Arbeitsverhältnissen und der Rechte der

Gewerkschaften

- Nein zum Landgesetz. Die Verteidigung der bäuerlichen Kommunen.
- Nein zum Neoliberalismus und seinem Instrument, der „carta der intencion“ (Verpflichtungserklärung der peruanischen Regierung gegenüber dem IWF).
- Nein zur Privatisierung der öffentlichen Betriebe.
- Stopp den Eingriffen in die Universität.
- Freiheit der gefangenen Kader und Guerilleros/as.

Boshafterweise wurde in der Sendung *Panorama* am 17. Dezember 1995 von der „Journalistin“ Elsa Ursula Picon behauptet, daß die Intention der MRTA ein Massaker an den Kongreßabgeordneten und die eigene Selbstaufopferung gewesen wäre. Wir weisen diese absurden Vorstellungen zurück, die nur das Fehlen von Seriosität und Objektivität beweisen bei einer, die noch vor wenigen Jahren eine Rolle als fortschrittliche, seriöse und objektive Mitarbeiterin bei der Zeitschrift *Cambio* in Lima spielte.

Die Durchführung dieser Aktion wurde vereitelt durch einen Fehler, für den wir, als nationale Leitung, die Verantwortung übernehmen und der sich aus der Notwendigkeit, diese Aktion mit den Einheiten der städtischen Kommandos zu koordinieren, erklärt. Der Genosse Miguel Rincon war dazu bestimmt, mit den Verantwortlichen Kontakt aufzunehmen. Wir gingen dabei von der Möglichkeit aus, daß, obwohl schon zwei Jahre vergangen seien, er immer noch unter Beobachtung stehen würde. Und so war es denn auch. Der Genosse Rincon glaubte, diese Verfolgung durch Dincote (Spezialeinheit der Polizei) abgeschüttelt zu haben, und so kam es, daß sie das oben erwähnte Haus entdeckten.

Nachdem sie den Genossen Rincon identifiziert hatten, wollte die Polizei die Genossen festnehmen, die offiziell im Haus lebten, und wollten direkt in das Haus hineingehen, um Rincon festzunehmen. Die Regierungsversion einer angeblich über ein halbes Jahr oder ein Jahr dauernden Observation des Hauses wird dadurch entkräftet, daß die Polizei lediglich mit 15 Beamten in das Haus hineingehen wollte, da sie glaubte, daß sich nur Rincon dort befinden würde. Dies zeigt die völlige Unkenntnis über die Ziele und die Bestimmung des Hauses sowie über die Anzahl und Ausbildung der GenossInnen, die dort untergebracht waren. Wie bereits bekannt, wurde ihr Versuch, das Haus zu stürmen, durch die Guerilleros/as zurückgeschlagen, und in den elf Stunden eines heftigen Gefechts konnten die GenossInnen das Internationale Rote Kreuz, die Presse und den Priester Juan Gallegos zusammenrufen, die als Vermittler in einer würdigen Verhandlung auftraten.

Die Schlacht von Molina zeigt folgendes: Die Moral der Tupacamaristas ist hoch, und trotz des militärischen Rückschlags war es ein politischer und moralischer Sieg im Ansehen bei den Massen. Auf daß die MRTA und das peruanische Volk weiterkämpfen und wir nicht unsere Gefangenen vergessen. Wir beanspruchen für uns das Recht, unsere Guerilleros/as und Kader zu befreien und für ein würdiges Leben für unser Volk zu kämpfen.

Mit den Massen und den Waffen, Vaterland oder Tod ...
Wir werden siegen!

Gedenken an die Opfer

Veranstaltung am Jahrestag der NS-Opfer

Köln. Am 27. Januar, der Anfang des Jahres zum Gedenktag für die Opfer des NS-Regimes erklärt worden war, fand am Mahnmahl auf dem Kölner Messergelände, das an die ehemalige Außenstelle des Vernichtungslagers Buchenwald erinnert, eine Kundgebung statt, an der sich ca. 100 Menschen beteiligten.

Die Kundgebung fand auf Anstoß der VVN/BdA Köln statt, die sich an verschiedene Organisationen gewandt hatte. Anschließend wurde am Mahnmahl für die homosexuellen Opfer im Rheingarten ein Kranz niedergelegt und eine kurze Rede gehalten.

Nach der Rede des Oberbürgermeisters Burger, der darauf hinwies, daß „wir noch genau zu überlegen haben werden, wie wir als Stadt diesen Gedenktag in Zukunft gestalten werden, um breitere Kreise anzusprechen“, sprach Helga Blümel, Vorsitzende des Kölner Jugendrings.

Aus ihrer Rede dokumentieren wir einen Gesichtspunkt, wie die Jugendlichen sich der Vergangenheit und Gegenwart stellen. (u.b., gba)

Ich selbst habe 15 Jahre lang deutsch-polnische Jugendbegegnungen durchgeführt und war 15 Jahre lang immer wieder mit Jugendlichen in Auschwitz. Über 15 Jahre hinweg konnte ich beobachten, wie 16/17-jährige mit dem Phänomen „Auschwitz“ umgingen. Ende der 70er Jahre brachen fast alle weinend in tiefer Betroffenheit vor der Todeswand neben Block 11 zusammen. Die ganze Nacht hindurch rangen sie mit sich um unzulängliche Erklärungsversuche für eine derart menschenverachtende Maschinerie.

Aber wir hatten in Polen zuvor immer deutsch-sprechende Erwachsene getroffen als Gastgeber in unseren Familien, als Verkäuferinnen auf dem Markt, als Arzt im Krankenhaus. Auf unsere Frage, woher sie so gut Deutsch sprachen, hatten sie immer ähnliche Antworten gegeben: Ich bin ver-

schleppt worden, ich war in Auschwitz, ich war bei der Wehrmacht. Im Kopf der Jugendlichen entstand die Vorstellung, daß dieser nette Arzt hier in Auschwitz das Opfer der Deutschen gewesen war und daß er die persönliche Größe hatte, heute wieder die Sprache der Täter zu sprechen.

1990 gab es kaum mehr Begegnungen mit Opfern. Und es gab auch nicht mehr diese tiefe persönliche Betroffenheit bei den Jugendlichen.

Aber was bedeutet das heute für unser Gedenken an einem Gedenktag wie dem 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz? Wir müssen als erstes zur Kenntnis nehmen, daß sich durch den zeitlichen Abstand etwas verändert hat. Wir als Leiter dieser Fahrten nach Polen oder Israel haben gelernt, nicht unangemessenes Pathos oder gespielte Betroffenheit zu erwarten oder gar zu initiieren. Wir zeigten Filme wie „Nacht und Nebel“ nicht mehr, sondern wir versuchten, sachlich zu informieren und zu bewerten – allerdings noch immer mit biographischen Zugängen. Diese bieten sich für jede historische Bildungsarbeit an. Wir hatten verstanden, daß Jugendliche sehr wohl „Auschwitz“ begriffen hatten – auch wenn sie abends noch laut kreischend in der Sola, dem Fluß bei Auschwitz badeten und nicht die Nacht hindurch weinten. Wir haben akzeptiert, daß sie die Eckdaten ihrer Generation für ihre politische Arbeit finden mußten und nicht unsere übernehmen konnten.

Jugendliche haben ihre eigene politische Sozialisation: für ganz viele hier in Köln ist es das Nachdenken über das Phänomen des Ausländerhasses, das Engagieren gegen diese menschenverachtende Haltung um sie herum in Projekten und Aktionen in Jugendarbeit und Schule, und manchmal auch die ganz konkrete Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern nebenan ...

Wir, die Erwachsenen, müssen unsere Kraft daran setzen, die NS-Zeit als hi-



Heinz Humbach. VVN/BdA Köln und Mitglied des Nationalkomitee Freies Deutschland spricht vor dem Kölner Mahnmahl. Foto: p.b.

storisches Thema wach zu halten, damit für das politische Handeln heute die Lehren aus der Geschichte gezogen werden können. Gute Museen werden gebraucht, die Geschichte lebendig werden lassen – betreut von motivierten Pädago/innen.

Gedenkstätten wie diese hier müssen selbstverständlich zu einer Stadt wie unserer dazugehören – als Orte der Selbstvergewisserung. Familien-, Stadt und Firmengeschichte darf die NS-Zeit nicht aussparen.

Es geht nicht, daß zum 150. Jubiläum der Eisenbahn nicht erwähnt wird, daß Reichsbahnzüge die Deportationen in die Konzentrationslager durchgeführt haben.

Schulunterricht muß die NS-Zeit intensiv und mit methodischer Vielfalt behandeln. Sie darf aber von uns Erwachsenen nicht so überbewertet werden, daß der Mechanismus greift: Wer nie Aufmerksamkeit bekommt, kriegt sie mit Sicherheit, wenn er ein Hakenkreuz malt.

Verantwortung der jungen Generation darf nicht wie eine schwere Last an ihr hängen, sondern kann nur entdeckt und übernommen werden aus der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Und indem man sich der Gegenwart stellt.

Günter Dworek, Sprecher des Schwulenverbandes in Deutschland (SVD):

Wir gedenken heute der schwulen und lesbischen Opfer des Nationalsozialismus.

Endlich, 51 Jahre nach der Befreiung, ist es gelungen, dem Erinnern an die NS-Opfer einen festen Platz im Jahreskalender zu sichern ...

Gedenken darf sich nicht in rhetorischen Pflichtübungen erschöpfen. Gedenken muß auch Konsequenzen haben.

Es ist unerträglich, daß die Bundesregierung weiter an der zynischen Rechtsauffassung festhält, die Homosexuellen-Verfolgung der Nazis sei „kein typisches NS-Unrecht“ gewesen.

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß schwule und lesbische NS-Opfer immer noch nicht als Verfolgte im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes anerkannt sind.

Es ist ein Skandal, daß der Bundestag bis heute nicht die Kraft gefunden hat, sich bei den homosexuellen Bürgern dieses Landes dafür zu entschuldigen, daß in der Bundesrepublik bis 1969 zehntausende Schwule nach Nazirecht verurteilt, eingesperrt und um ihr Lebensglück betrogen wurden.

Weil das alles so ist, können wir heute nicht nur still gedenken. Unser Gedenken muß laut sein. Denn unser Gedenken ist gleichzeitig Protest gegen die Ignoranz und Ausgrenzung, gegen die Mißachtung der schwulen und lesbischen Opfer.

Der Bundestag muß endlich eine Entschließung verabschieden, die den menschenrechtswidrigen § 175 StGB als von Anfang an unrechtmäßig erklärt.

Homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus müssen als Verfolgte im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes anerkannt werden.

Für die noch lebenden Betroffenen muß eine rasche und unbürokratische Entschädigung erfolgen.



Figur. Vier- bis fünfhundert Menschen demonstrierten am Samstag nach dem Brand in Lübeck zum Jekstein für die Opfer des Faschismus. Bei einem Zwischenhalt vor dem Haus Geißstraße 7 wurde an erinnert, daß hier sieben Menschen in den Flammen starben – als Arme und Fremde unmenschlich zusammengedrückt und ausgepresst, ohne Sicherheitsvorkehrungen und Fluchtmöglichkeiten. „Um Indest ein Symbolzeichen zu setzen“, rief der AK Asyl für den Abend zu einem Gedenken an diese Menschen auf. Nach Medienberichten wurden die überlebenden Opfer dieses Brandes bis jetzt von den Behörden und Sozialversicherungen völlig ohne Hilfe gelassen.

Krach beim MM*

Mannheim. Wie über so vieles Wichtige erfährt man auch darüber nichts aus dem Mannheimer Morgen: Ein handfester Krach ist ausgebrochen zwischen der Redaktionsmehrheit des Blattes und den Herausgebern samt Chefredaktion. Chefredakteur und neuerdings auch noch Geschäftsführer ist der allen MM-Lesern allzubekannte H-D. Schiele, der die CDU-Tendenz des Monopol-Blattes immer erfolgreicher „schützt“.

Es geht um das Redaktionsstatut von 1969, das 1975 überarbeitet wurde. Darin werden dem gewählten Redaktionsrat erhebliche Mitbestimmungsrechte in journalistischen und Personalfragen eingeräumt. Mit 4/5-Mehrheit besteht ein Vetorecht gegen die Bestellung eines Chefredakteurs. Schiele findet dies Statut – wen wundert's? – „nicht mehr zeitgemäß“. Das neue Redaktionsstatut sieht einen Redaktionsrat vor, der lediglich Informationsrechte besitzt, und in den keine Betriebsräte gewählt werden dürfen. Der Redaktionsrat will nun gegen die Kündigung des Statuts auch juristische Schritte einlegen, da es Bestandteil der abgeschlossenen Arbeitsverträge sei. Um sich in der Auseinandersetzung zu stärken, hat Schiele den soeben in den Ruhestand verabschie-

deten Siegmund Heilmann für ein Jahr zurückgeholt. Die Journalistenverbände kritisieren den „Schlag gegen die innere Pressefreiheit“, sind sich aber über die Erfolgsaussichten einer juristischen Auseinandersetzung eher unsicher.

Das Statut muß ohnehin schon lange ausgetrocknet gewesen sein; denn aus dem Umgang mit Redakteurinnen und Redakteuren des MM ist bekannt, daß alle, die eine von der Schiele-Ragge-CDU-Linie abweichende Meinung haben, oder die über Dinge berichten wollen, die den MM-Mächtigen nicht in ihren politischen Kampagnen-Journalismus passen, größte Schwierigkeiten haben, sich irgendwie zu behaupten, ohne ihre Berufsehre täglich bei Betreten des Verlages an der Pforte abzugeben. (tht)

Stadt gesprächsbereit Komitee sucht Unterstützung

Stuttgart. Die Stadt Stuttgart hat mitgeteilt, daß sie zu einem Gespräch über das Newrozfest 1996 bereit ist – ein erster Lichtblick in der schwierigen Vorbereitung des diesjährigen kurdischen Neujahrsfestes. Inzwischen haben sich einige Leute und Organisationen zur Arbeit im Komitee zusammengefunden.

Drogenpolitische Katastrophe

Fortführung des Methadon-Vertrag gescheitert

Hamburg. Die Drogenpolitik Hamburgs steht vor einem Scherbenhaufen. Die Weigerung von AOK und IKK, sich mangels einer Einigung in der Kostenverteilungsfrage an der Fortführung des langjährig bewährten Methadonvertrages über den 31.3.96 hinaus zu beteiligen, zeugt von einer tiefen Ignoranz gegenüber den katastrophalen Lebensumständen drogenabhängiger Menschen. ... Wenn sich nun alle beteiligten Kostenträger auf die Anwendung der wesentlich restriktiveren NUB-Richtlinien bei Neuanträgen zur Substitution zurückziehen, so wird das gravierende Folgen für die hilfebedürftigen Menschen und das Drogenhilfesystem haben. Zugang zur Substitution werden in der Regel nur noch Schwerkranken und Schwangere erhalten. Der dadurch künstlich verengte Zugang zur Substitution gefährdet damit schon kurzfristig die Existenz der sozialpädagogischen Einrichtungen, die Substituierte in ihrer Reintegrationsphase begleiten und sozialpädagogisch unterstützen. Er

führt auch zu einer neuerlichen Überlastung der niedrigschwelligen Kontakt-einrichtungen.

Vor diesem Hintergrund fordern wird den Hamburger Senat auf,

- im Rahmen seiner sozialpolitischen Verantwortung den im Hamburger Vertrag praktizierten breiten Zugang zur Substitution solange finanziell sicherzustellen, bis die Situation infolge einer juristischen Klärung der finanziellen Zuständigkeiten bzw. durch die angestrebte Veränderung der NUB-Richtlinien oder durch einen neuen Vertrag endgültig zufriedenstellend gelöst ist.

- Abgesichert werden müssen auch die psychosozialen Betreuungsangebote, die zur Unterstützung der sozialen Rehabilitation unverzichtbar sind.

Das Hamburger Modell hat in der Substitutionsbehandlung bundesweit Maßstäbe gesetzt. Diese fordern wir uneingeschränkt auch nach dem 31.3.96 ein.

(Presseerklärung der Jugendhilfe e.V. vom 24. Januar 1996)

„Skaterpark“ im Gespräch

Unterschriftensammlung bewirkt erste Verhandlungen

Schweinfurt. Nachdem das Thema „Skaterpark“ schon seit längerem aktuell ist, nach mehreren Jugendforen und Aktionen vor dem Rathaus und anderen Aktionen, kam es jetzt zu ersten Gesprächen zwischen der Stadtjugendpflege und der „Skater“.

Dabei wurde schon über sehr konkrete Vorschläge diskutiert: Die Idee ist, einen Skaterpark zu errichten, eine überdachte Fläche oder besser eine Halle, wo die nötigen Gerätschaften geschützt und für alle erreichbar untergebracht sind. Für diese Idee wurden innerhalb von nur einem Monat über 700 Unterschriften gesammelt.

Als mögliche Plätze wurden der Schlachthof und das Gelände unter der Hahnenhügelbrücke genannt. Die VertreterInnen der Stadtjugendpflege zeigen sich von der Eigeninitiative, dem

Ideenreichtum und dem Fachwissen der „Skater“ (bzw. Bladers, Snaker u.a.) beeindruckt, sagten auch ihre Mithilfe bei der Verwirklichung dieser Pläne zu, betonten jedoch gleichzeitig, daß ihnen aufgrund der finanziellen Misere der Stadt die Hände gebunden seien. Auch sei die verwaltungstechnische und rechtliche Abklärung aufgrund der vielen städtischen Zuständigkeitsbereiche (Bauhof, Sportamt, Gartenamt) schwierig und zeitaufwendig.

Vereinbart wurde ein Gespräch mit Bürgermeister Herbert Müller (Jugendreferent der Stadt Schweinfurt); bei dem die Idee Skaterpark vorgestellt und die Unterschriften übergeben werden sollen.

Auch ein Gespräch mit der Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser ist geplant. (anb)

Kommunalwahlen in München

Nürnberger PDS/LiLi hat es geschafft

München. Bei den bayerischen Kommunalwahlen am 10. März wird nur in Nürnberg eine PDS-Liste wählbar sein. Die Nürnberger Bündnisliste PDS/LiLi hat die nötigen Unterschriften erhalten. Dagegen konnte die PDS zusammen mit der Linken alternativen Liste in München die hohe Hürde von 1000 Unterschriften nicht überwinden. Nur knapp scheiterten die Münchner mit 903 erhaltenen Unterschriften. Die Zuwachsraten in den letzten Tagen ließ bei Sozialisten, Kommunisten und anderen Linken nochmals die Hoffnung aufkommen, daß es nach anfänglich enttäuschendem Unterschriftenstart doch noch reichen könnte. Ein, zwei oder drei Tage Verlängerung der Unterschriftensammlung hätten ausgereicht. Doch nicht nur die Änderung des bayerischen Kommunalwahlgesetzes mit einer hohen Zulassungshürde machte dem Parteienbündnis das Leben schwer. Auch die Münchner Kommunalbehörden trugen ihren Teil dazu bei, diese Unterschriftensammlung sprichwörtlich zu einem Hindernislauf zu gestalten.

Das Bündnis gibt sich aber weiterhin kämpferisch und will mit einer Klage gegen diese Kommunalwahlen auf undemokratische Praktiken hinweisen, die übrigens nicht nur in der linken Presse angeprangert wurden. Während auf der rechten Seite des Parteienspektrums die Brunner-Gruppierung die Kandidatur erreicht hat, können auch Schwule und Lesben auf eine direkte Vertretung ihrer Anliegen im Münchner Stadtrat hoffen. Als wesentliches Ziel sieht die Rosa Liste die Anerkennung der Münchner Lesben und Schwulen als eigenständige Gruppe der Stadtgesellschaft. Lesben und Schwule haben besondere Bedürfnisse, die bisher in der Kommunalpolitik zu wenig berücksichtigt wurden. Im Wahlkampf wolle die Rosa Liste versuchen, die 5-10% Lesben und Schwule und für ihre Ziele zu mobilisieren.

Das Bündnis LaLM&PDS weist in einer Erklärung, die den Klageweg gegen die Kommunalwahlen begründen soll, noch auf weitere Unzulänglichkeiten hin, die mit dem herrschenden Wahlge-

setz verbunden sind. So dürfen nun zwar alle EG-Bürger an den Kommunalwahlen teilnehmen, aber nicht ohne sich vorher ins Wählerverzeichnis einzutragen zu haben. Nur der geringere Teil der ausländischen Wahlberechtigten hätten dies bislang getan. Teils aus Nichtwissen, teils wegen schlechter Erfahrungen mit Behörden werde der Weg ins Wahlamt gescheut. In einem Klima der Einschüchterung gerate eine Pflicht zur Registrierung zur Abschreckung - Verheerend für eine Wählergruppe, die mit immerhin sechs griechischen Bewerbern in den Wahlkampf gehen will, nachdem ein Kurde und zwei Türken vom Wahlleiter vorab gestrichen wurden, weil sie keine EG-Bürger sind. Gäbe es eine vergleichbare Wahlbehinderungsklausel für Deutsche, - die Wahlbeteiligung läge ganz unten im Tunnel. Aber genau da will die CSU ja offenbar hin. Nicht nur mit ihrer verkehrten Verkehrspolitik. Mit gleichen Wahlchancen habe das nichts zu tun.

Wie die Dinge nun in München stehen, wird es bei den Kommunalwahlen zum Schlagabtausch zwischen CSU, der Brunner-Gruppe und den Restbeständen der REPs auf der einen Seite und der SPD und Bündnis 90/Grüne auf der anderen Seite kommen. Es zeichnet sich auch schon ab, daß die Verkehrspolitik zum Dreh- und Angelpunkt werden wird. Der CSU-Vorsitzende Waigel und Bonner Finanzminister hat kürzlich in München in diesen Kommunalwahlkampf mit einer Bemerkung eingegriffen, die etwas Klassenkampfstimmung auch bei der SPD und den Gewerkschaften aufkommen läßt: „Von meiner Politik profitieren halt nicht die, die faul, grün und rot sind, sondern die fleißig, sachkundig und schwarz sind.“ (dil)



den. Weitere Unterstützung wird aber noch dringend gesucht, vor allem politische Unterstützung in der Öffentlichkeit. Die Adresse ist: Newroz-Komitee 1996 Stuttgart, c/o Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein, Innere Nordbahnhofstr. 10a, 70191 Stuttgart, Tel. 2579210 (abends) oder 283952 (auch abends).

Das Newroz-Komitee 1996 Stuttgart trifft sich wieder am Dienstag, 6. Februar 1996, 19 Uhr, Innere Nordbahnhofstr. 10a. Dann sollen das Programm und die geplanten Rahmenveranstaltungen (Theaterstück, Podiumsdiskussion, Vortrag) weiter besprochen werden. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Ulrike Küstler

Ostermarsch 1996 in Hamburg

Hamburg. Nachdem in Hamburg im letzten halben Jahr ein Diskussionsprozeß über die Ursachen der schwindenden Resonanz für die Aktivitäten der Friedensbewegung und der wachsenden Akzeptanz für Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Bevölkerung in Gang gekommen ist, münden diese Diskussionen jetzt in neuen Aktionsvorhaben. Am Ostermontag soll in Hamburg

wieder ein Ostermarsch durchgeführt werden. Als Route wurde vorgeschlagen, in Bahrenfeld bei der Hermes-Kreditanstalt zu beginnen und über die Flüchtlingsschiffe am Hafen zu den Landungsbrücken zu ziehen.

Zur inhaltlichen Vorbereitung auf den Marsch soll wieder ein Ostermarschaufbau erarbeitet werden, unter den dann Unterschriften gesammelt werden sollen. Der vorliegende Entwurf kritisiert die Militarisierung der (Außen-)Politik weil diese eine zivile Entwicklung verhindert und fordert daher radikale Abrüstungsschritte.

Um dem nach wie vor großen und notwendigen Diskussionsbedarf den gebührenden Platz einzuräumen, sollen zwei Diskussionsveranstaltungen die Demonstration vorbereiten. Anstatt sich Referenten einzuladen, sollen die Veranstaltungen dazu dienen, die gemeinsam erarbeiteten Fragestellungen zu verfolgen und werden daher von Mitstreitern vorbereitet - doch bleibt auch hier, wie so oft, die Arbeit an wenigen hängen.

Die erste Veranstaltung am 27.2. wird sich um den Krieg auf dem Balkan und die Nato-besetzung von Teilen des ehemaligen Jugoslawien drehen. Dabei wird es um die Geschichte des Krieges und des Nato-einsatzes gehen - und dar-

um sich eine Position zu letzterem zu erarbeiten. Bei der zweiten Veranstaltung soll es um die Frage der Ursachen für die weltweite Zunahme kriegerischer Konflikte weltweit gehen. Hier müssen der sogenannte Nord-Süd-Konflikt, die ökonomische, politische und militärische Abhängigkeit der ärmeren Länder gegenüber den reichen kapitalistischen Industrieländern, insb. den G/7-Staaten, thematisiert werden.

Die gemeinsame Diskussion und Arbeit scheint alltagsnah wachsende Resonanz zu stoßen. Der Ostermarsch könnte damit zu einem Zeichen werden, daß es in diesem Lande nach wie vor Menschen gibt, die nicht bereit sind, sich der wachsenden Militarisierung der Politik unterzuordnen und die gewillt sind, gegen diese Entwicklung Widerstand zu leisten. Markus Gunkel

Herr Vandreike, was haben Sie sich dabei gedacht?

Frankfurt. Der Sozialdezernent Achim Vandreike hat 6 Frankfurter Initiativen aus dem sozialen Bereich das Aus erklärt. Wir erhalten rückwirkend zum 1. 1. 1996 keinerlei Zuschüsse mehr. Er begründete dies damit, daß dadurch bei anderen Initiativen nicht gekürzt wer-

den „müsse“. Tatsächlich sind bei den freien Jugendinitiativen die Mittel um 5% gestrichen worden.

Für uns, die keinerlei Gelder mehr erhalten, hat diese Entscheidung nicht nur katastrophale finanzielle Auswirkungen (laufende Kosten); vor allem wurde damit durch den Sozialdezernenten eine wichtige sozialpolitische Weiche gestellt: ein Interesse an der Lage von Jugendlichen, von Arbeitslosen, SozialhilfebezieherInnen und MigrantenInnen ist nicht mehr erkennbar. Die Arbeit der Initiativen und Projekte, deren Wichtigkeit seit Jahren durch Zuschüsse gewürdigt wurde, wird eliminiert. Herr Vandreike hat dies entschieden, ohne eine Entschließung der Stadtverordnetenversammlung abzuwarten! Er hat nicht nur die Initiativen ohne Vorwarnung überrumpelt, sondern auch die Stadtverordneten in ihrer Funktion übergangen!

Wir fordern die Stadtverordneten auf, dies nicht hinzunehmen und die Entscheidung des Sozialdezernenten aufzuheben! Unsere Arbeit ist wichtig und muß fortgesetzt werden. Wachsende Verarmung kann man nicht dadurch aufhalten, daß man sie schlichtweg leugnet.

Arbeitslosenzettlung „quer“ e.V. und zahlreiche andere Organisationen.

Bischofferode: Sprechblasen und Wirklichkeit

Von Gerhard Jüttemann, PDS-MdB

Im Dezember 1993 verloren 690 Kalikumpel in Bischofferode infolge der Kalifusion zwischen Mitteldeutscher Kali AG (MDK) und Kasseler BASF-Tochter Kali+Salz sowie der damit verbundenen Schließung der Kaligrube Bischofferode ihre Arbeitsplätze, um die sie zuvor in einem monatelangen dramatischen Arbeitskampf gerungen hatten.

Zur Aufgabe dieses Arbeitskampfes konnten sie nur bewegt werden durch das Versprechen von Landesregierung Thüringen und Bundesregierung auf Ersatzarbeitsplätze bis Ende 1995 und neue Dauerarbeitsplätze ab 1996.

Diese Versprechen wurden damals in mehreren Beratungen mit dem Betriebsrat der Kaligrube gegeben. U.a. heißt es in einem Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, vom 17.7.93 an den Betriebsrat: „Bundesregierung und Landesregierung Thüringen engagieren sich dafür, daß nach Schließung des Kaliwerkes Bischofferode zum 31. Dezember 1993 die dort gegenwärtig vorhandenen rd. 700 Arbeitsplätze weiter erhalten bleiben. Zu diesem Zweck ergreifen sie folgende Maßnahmen: ... In jedem Fall werden die derzeit beim Bergwerk Bischofferode vorhandenen rd. 700 Arbeitsplätze bis Ende 1995 gewährleistet. Ziel ist, eine Gesamtzahl von 1000 Arbeitsplätzen zu sichern.“

In einer Presseerklärung der Thüringer Staatskanzlei vom gleichen Tag wird der Beschluß des Kabinetts verkündet, „den Beschäftigten der Kaligrube Bischofferode angesichts der besonderen Situation und der außergewöhnlichen Arbeitsmarktlage im Eichsfeld über 1995 hinaus einen Dauerarbeitsplatz an(zu)bieten.“

Heute ist die Situation so, daß von den versprochenen 700-1.000 Dauerarbeitsplätzen ca. 40 geschaffen worden sind, d.h. ca. 5%. 350 Kollegen sind jedoch pünktlich zum 31.12.95 von der GVV, der Nachfolgesellschaft der Kaligrube,

vor die Tür gesetzt worden. Das Land Thüringen hat ihnen angeboten, daß sie für ein Jahr eine Beschäftigung in den sogenannten 249-h-Maßnahmen erhalten könnten, also eine schlecht bezahlte und befristete Arbeit auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Für eine Reihe von Kollegen wird dies Lohneinbuße von bis zu 40% pro Monat zur Folge haben. Weitere 146 Mitarbeiter der GVV werden zwar vorerst noch weiter beschäftigt, aber nur mit der Aussicht, demnächst ebenfalls entlassen zu werden. Am kontinuierlichen Arbeitsplatzabbau in der GVV wird wegen der immer eingeschränkteren Arbeitsaufgaben kein Zweifel gelassen.

Sowohl das Land Thüringen als auch die Bundesregierung behaupten jedoch - entgegen allen Tatsachen - weiter, daß die Zusage zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze eingehalten würde. Sie geben die befristete Vermittlung in Beschäftigungsverhältnisse dreist als Einhaltung des Versprechens auf Dauerarbeitsplätze aus. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine von mir gestellte Kleine Anfrage zum Thema Bischofferode wortreich und bildhaft auf über fünf Seiten blühende Landschaften in Nordthüringen vorgestellt, um hernach zu der Behauptung zu kommen: „Die Bundesregierung hat ihre Zusagen in vollem Umfang eingehalten.“ Noch einmal zur Erinnerung: 700 bis 1000 Dauerarbeitsplätze waren versprochen, 40 sind da.

Nein, der Kaiser ist nicht nackt. Er trägt heute zur Abwechslung eine einzelne Socke. Bei Andersen war es ein Kind, das den Erlauchten zur Erkenntnis der Wahrheit brachte. Heute sind die da oben aller Wahrheit und aller Wirklichkeit so weit entrückt, daß sie nur noch ihre eigenen Sprechblasen als wahr gelten lassen. Uns aus Bischofferode und anderen ostdeutschen Gegenden ist das ja nicht unbekannt. Aber es endet meist nicht gut.

(Presseerklärung vom 26.1.96)

Bundesverfassungsgericht prüft den Fall R. Vega

von: Rote Hilfe Berlin

Das Bundesverfassungsgericht hat im Auslieferungsverfahren des spanischen Staatsbürgers Benjamin Ramos Vega die Verfassungsbeschwerde der Verteidigung zur inhaltlichen Prüfung angenommen.

Gleichzeitig wurde vom Bundesjustizministerium eine Stellungnahme eingefordert. Die Verfassungsklage wurde eingereicht, nachdem das Berliner Kammergericht die Auslieferung von Ramos Vega am 27.12.1995 uneingeschränkt für zulässig erklärte.

Das Verfassungsgericht stellte in der Anfrage an das Bundesjustizministerium drei Punkte in den Vordergrund. An erster Stelle fragte das Verfassungsgericht, wie das Schweigen des Kammergerichts hinsichtlich der geltend gemachten politischen Verfolgung zu bewerten ist. Das Justizministerium wurde weiterhin gebeten, eine Stellungnahme hinsichtlich der Verwertung von Beweismitteln indirekt durch Folter erlangter Aussagen abzugeben, insbesondere im Zusammenhang mit der Auslegung des Art. 15 der UN-Anti-Folter-Konvention. Dabei wurde die Feststellung des Kammergerichts aufgegriffen, daß bei den belastenden Aussagen gegen Ramos Vega von Folter auszugehen ist. Als dritten Punkt sah das Verfassungsgericht auch Klärungsbedarf bezüglich der Stellungnahme der spanischen Behörden. Das Verfassungsgericht stellte in dem Schreiben an das Bundesjustizministerium die Qualität der Zusicherungen aus dem „Aide Memoire“ in Frage, da diese lediglich von der spanischen Botschaft in Bonn stammen. Das Justizministerium hat bis zum 15. Februar Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben. Die Verteidigung von Benjamin Ramos Vega begrüßte die Entscheidung des Verfassungsgerichts, den Fall Ramos Vega zu prüfen.

Die Verfassungsbeschwerde der Verteidigung richtet sich vor allem gegen die Verwendung der erzwungenen Aus-

sagen. Die Verwendung dieser Ermittlungsergebnisse sei ein Verstoß gegen die internationale Anti-Folter-Konvention. Hiernach dürfen Ermittlungsergebnisse nicht verwandt werden, denen Aussagen zugrunde liegen, die auf Mißhandlungen zurückzuführen sind. Dies wäre nach Beschlußlage des Kammergerichts im Falle Ramos Vegas aber möglich. Weiterhin führen die Anwälte Schlagenhauf und Becker an, daß der HIV-Positive Ramos Vega in Spanien keine angemessene medizinische Versorgung bekäme. Die gemachten Zusicherungen der spanischen Behörden entsprächen in keinsten Weise der realen Lage dort.

Ramos Vega sitzt mittlerweile seit über einem Jahr in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft. Er war Anfang Januar zwei Wochen in einen Hungerstreik getreten, um gegen die Entscheidung des Berliner Kammergerichts zu protestieren, hatte den Hungerstreik allerdings unterbrochen, nachdem seine Verteidigung gegen das Urteil des Kammergerichts Verfassungsbeschwerde eingelegt hatte.

Ramos Vega wird vorgeworfen, zusammen mit seiner Lebensgefährtin für das ETA-Kommando Barcelona Wohnungen angemietet zu haben, die zur Lagerung von Waffen und Sprengstoff gedient haben sollen. Die Aussagen, die zur Verfolgung in Spanien und zur Verhaftung in Berlin geführt haben, sind unter Folter erpreßt und später widerrufen worden.

Mit umfangreichen Unterlagen hat die Verteidigung von Ramos Vega nachgewiesen, daß Folter in Spanien kein Einzelfall ist, sondern systematisch gegen politische Gefangene angewandt wird. Dies wird auch von internationalen Institutionen wie amnesty international und der UN-Menschenrechtskommission immer wieder angeprangert. (...)

(Presseerklärung der Roten Hilfe Berlin und des Solidaritätskomitees Benjamin Ramos Vega, Wilhelm Straße 9, 10963 Berlin, 1.2.96)

Bund der Antifaschisten lud ein

Erfolgreiches Treffen in Berlin / aus: „Berliner Berichte“

Warum nutzen wir nicht den Umstand, daß viele interessierte Antifaschisten und Antifaschistinnen aus dem ganzen Land am 14. Januar, dem Tag der Liebknecht-Luxemburg-Demo, in Berlin sein werden, um zu einem Treffen eben dieser Antifaschisten und Antifaschistinnen einzuladen, müssen sich die Leute der Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Antifaschisten gedacht haben. Und die Überlegung ging auf. Es kamen aus Berlin und fast allen ostdeutschen Ländern „antifaschistische Jugendgruppen, Netzwerke, Organisationen und Interessierte“ (aus der Einladung).

Der BdA hat dankenswerterweise im Herbst letzten Jahres nach längerer Diskussion beschlossen, seine Mittel und Möglichkeiten stärker für die Vernetzung antifaschistischer Kräfte einzusetzen. Um gemeinsam zu besprechen, wie dieses Ziel am sinnvollsten umzusetzen sei, und um die Interessen und Bedürfnisse gegenseitig auszuloten, traf man sich also in der Humboldt-Universität. Und es war spannend. Die Spannweite war beachtlich, ebenso wie die anwesenden Gruppen unterschiedlich waren. Einige kamen mit knapp 20 Mitgliedern und repräsentierten zudem noch weitere Dabehimgeliebte, ande-

re hatten grade zu viert eine Antifa-Gruppe gegründet und erschienen vollzählig. Auch VertreterInnen der Überlebenden-Organisationen wie F. Delheim für den Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-Regimes und Hinterbliebener (IVVDN) oder M. König vom Internationalen Auschwitz-Komitee waren anwesend und boten an, ihre Erfahrungen zu teilen und weitergeben zu wollen.

Die jüngeren Menschen im BdA haben jetzt auch eine eigene Interessenvertretung gegründet, Rotkäpchen (kein Schreibfehler), und so eröffnen sich hier fantastische Möglichkeiten, um die antifaschistische Arbeit voranzubringen. Der BdA als Organisation wird also seine Erfahrungen, seine Logistik und sein Personal in Bezug setzen zu jungen Menschen, die darauf zurückgreifen wollen und als Mittler auftreten zu den noch aktiven Überlebenden des faschistischen Terrors. Diese Form der nicht vereinnehmenden Kooperation kann anderen Gruppen und Organisationen ein Beispiel sein.

Mehr Informationen und Kontakt über: BdA-Bundesgeschäftsstelle, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030-58314375. (pes)

ÖTV-Konferenz Berlin gegen Rentenstraftrecht

Die Bezirkskonferenz der ÖTV Berlin am 29./30. Januar hat in einem Antrag an den nächsten Gewerkschaftstag der ÖTV die Abschaffung des Rentenstraftrechts im Osten gefordert. Der mit großer Mehrheit verabschiedete Antrag (1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen) lautet: „Die Novellierung (des „Rentenüberleitungsgesetzes“, d. Red.) ist nach vierjähriger Erfahrung mit diesem Gesetz dringend notwendig, eine nicht weiter aufschiebende Aufgabe des Gesetzgebers. Damit sind weitgehend alle Ungleichbehandlungen, die sich aus der Rechtsangleichung ergaben, sowie Bestimmungen mit diskriminierendem und strafrechtsähnlichem Charakter zu beseitigen, zu berücksichtigen, daß mit der Systementscheidung alle Versorgungszulagen, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, ersatzlos entfallen.“

In der Begründung des Antrags wird u.a. darauf hingewiesen, daß der „Einkommensvertrag“ u.a. vorgesehen habe, daß alle Ansprüche und Anwartschaften, die rechtmäßig in der DDR erworben wurden, weiter Bestand haben sollen. „Diese Position wird bei der Altersversorgung nicht befolgt, insbesondere auch bei denen, die Zusatz- oder Sonderversorgungsansprüche haben. Berufsgruppen, deren Bruttoeinkommen niedrig gehalten wurden, Lehrer, Beschäftigte im Gesundheitswesen, Post,

Bahn u.a., dafür in der Altersversorgung einen erhöhten Steigerungsfaktor erhielten oder zusätzlich versorgt waren, wurden diese Leistungen ersatzlos gestrichen. Insbesondere bei der Rechtsangleichung von Frauenrenten ist eine erhebliche Verschlechterung der Altersbezüge eingetreten, die im Übergang mit Auffüllbeträgen abgedeckt wird.“ Diese „Auffüllbeträge“ würden jetzt ab 1996 „abgeschmolzen“, obwohl eine Rentenangleichung noch gar nicht erreicht sei. Diese sog. „Abschmelzung“ betreffe etwa 40% aller Ost-Renter, darunter zu fast 80% Frauen, die nun über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte keine Einkommenserhöhung erhalten würden, weil ihr Anspruch auf Rentenerhöhung mit der sog. „Abschmelzung der Auffüllbeträge“ verrechnet werde. (rül)

Protokoll des Kongresses „gegen Rentenunrecht“ fertig

Das vollständige Protokoll des Berliner Kongresses „gegen Renten- und Versorgungsunrecht“ (wir berichteten) ist jetzt fertig. Es enthält sämtliche Reden auf dem Kongreß, auch die eingereichten und aus Zeitgründen nicht mehr vorgetragenen. Gegen eine Unkostengebühr von 3.- DM (Briefmarken beilegen) kann es bestellt werden bei der GBM-Geschäftsstelle Siegfriedstr. 64 10365 Berlin Tel. 030-5578397, Fax: 030-5556555

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN



Demonstration: Keine Kürzungen bei Frühverrentung

Mehrere zehntausend Stahlarbeiter und Metaller haben am 22.1.1995 allein im Ruhrgebiet gegen den von der Bundesregierung geplanten Abbau der Vorruhestandsregelungen und die Kürzung der Renten bei Frühverrentung demonstriert. Einen Tag vor der Fortsetzung der Gespräche zum „Bündnis für Arbeit“ waren die Demonstrationen Ausdruck des Protestes gegen den von Bundesregierung und Kapitalisten geplanten Abbau von Sozialleistungen. In Essen fand keine eigene Kundgebung statt. Delegationen aus mehreren meist größeren Metall-Betrieben beteiligten sich stattdessen an der Kundgebung in Mülheim.

Tatsächlich würde die Abschaffung der Vorruhestandsregelung einen tiefen Schnitt bedeuten. Seit vielen Jahren haben gerade die Stahlkonzerne ihre Rationalisierungsprogramme „abgefördert“, indem sie Beschäftigte ab 53 Jahren in den Vorruhestand geschickt haben. Die Kosten trägt zwar überwiegend die Arbeitslosenversicherung, die Konzerne haben lediglich einen Zuschuß gezahlt. Da viele ältere Beschäftigte froh sind, wenn sie die Knochenmühlen früher verlassen können und weil die Alternative Massenentlassungen sind, bei denen per Sozialauswahl vor allem jüngere Beschäftigte wegrationalisiert würden, findet die Regelung Zustimmung.

Trotz der Proteste wurde bei den Gesprächen zum „Bündnis für Arbeit“ in punkto Frühverrentung ebenso wenig erreicht wie in anderen Punkten. Konkrete Zusicherungen gab es nicht. Laut Kommunique haben sich alle Beteiligten lediglich darauf verständigt, „die Praxis der Frühverrentung ... durch eine neue sozialvertragliche Möglichkeit eines gleitenden Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand (Altersteilzeit)“ abzulösen, deren Einzelheiten beim nächsten Termin besprochen werden sollen. DGB-Chef Schulte verkaufte am nächsten Tag die von der Bundesregierung im Rahmen der Gespräche zum „Bündnis für Arbeit“ erklärte Begrenzung der Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf „nur“ 3 % als Erfolg – anderes hatte er offensichtlich nicht vorzuweisen.

Es ist absehbar, daß weiterer Protest nötig ist, wenn die zukünftige Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft nicht vollständig auf Kosten der Armen, Arbeitslosen und Niedrigverdienenden gehen soll.

- (kw)

Ausbildungskampagne: Dialog statt Sanktionen?

Die GEW hatte sich zur Unterstützung der Ausbildungsstellen-Kampagne *Deine Einstellung zählt* ... an alle hessischen Landtagsabgeordneten gewandt. Sie sollten sich unter anderem dazu

äußern, ob sie eine Gesetzesinitiative Hessens auf der Grundlage oder in Anlehnung an die DGB-Vorschläge unterstützen. Diese haben ein Umlagefinanzierungsgesetz zum Inhalt, das Arbeitgeber, die eine Ausbildungsquote von 8 % nicht erreichen, zur Zahlung einer Abgabe verpflichtet.

In der *Frankfurter Lehrerzeitung* 1/96 der GEW werden die Reaktionen einiger Abgeordneter dokumentiert. Danach findet die Initiative der Gewerkschaften bei den im Landtag vertretenen Parteien keine Fürsprecher. Statt „Sanktionen“ sei „ein verstärkter Dialog“ gefragt. Die SPD regte „steuerliche Anreize“ an. Bündnis 90/Die Grünen zogen eine tarifliche Regelung vor. Der CDU-Abgeordnete Gotthardt beklagt, daß die Landesregierung nicht wirtschaftsfreundlich genug sei: „Wie viele Lehrstellen könnten denn in Hessen zusätzlich geschaffen werden, wenn wir führend wären im Hinblick auf die Kernenergie, im Hinblick auf die Gen- und die Biotechnologie, wenn die chemische Industrie nicht so malträtiert würde, wenn wir nicht PVC und ähnliches verboten hätten ...“

Frankfurter Lehrerzeitung - (ola)

Warnstreik im Bund-Verlag

Zum ersten Mal in der Geschichte des gewerkschaftseigenen Bund-Verlages in Köln kam es am heutigen Freitag (26. Januar) zwischen 10 Uhr und 12 Uhr zu einem Warnstreik. Anlaß für den Warnstreik sind die schleppenden Tarifverhandlungen.

Im Jahr 1994 gab es zum letzten Mal eine Einigung über den Lohn- und Gehaltstarifvertrag. Der damals geschlossene Vertrag lief im Juni 1995 aus. Seit dieser Zeit verhandelt man ergebnislos. Auch die Manteltarifverhandlungen werden seit zwei Jahren ohne Resultat geführt.

Die zuständige Gewerkschaft, die IG Medien, wehrt sich mit dem Warnstreik vor allem gegen eine Verknüpfung der beiden Verträge. Die Verlagsleitung hat in den Verhandlungen erklärt, daß eine Erhöhung der Löhne und Gehälter nur gewährt werde, wenn die Gewerkschaft eine Verschlechterung des Manteltarifvertrages akzeptiere. „Das ist Lohndiktat wie aus dem Lehrbuch“, erklärt der Kölner IG-Medien-Vertreter Bernd Fiegler.

Nachdem Ende des vergangenen Jahres bereits eine komplette Abteilung des Verlages verkauft wurde, befürchtet man in der Bund-Verlags-Belagschaft bei Verschlechterung des Kündigungs-schutzes erheblichen Stellenabbau. Sozialplanverhandlungen seien von der Verlagsleitung bislang abgelehnt worden, heißt es aus Belagschaftskreisen.

Eigentümerin des Bund-Verlages ist die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), dessen Vorstandsvorsitzender der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer ist.

- (C, IG Medien Köln)

IBM verliert Prozeß: Betriebsrat darf in Mailbox kritisieren

Weil er ein kritisches Rundschreiben gegen die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche bei IBM über die firmeneigene Mailbox verbreitet hatte, wollte der Konzern ein Betriebsratsmitglied rausschmeißen.

Das Arbeitsgericht Hamburg hat jetzt den Antrag auf fristlose Entlassung zurückgewiesen. Zur Meinungs-

Arbeitszeitdiskussion rückt wieder in den Vordergrund

ÖTV-Bezirkskonferenz Berlin tagte am 29./30. Januar

Daß die Gewerkschaften in einer tiefen Krise stecken, bekamen die Delegierten der Berliner ÖTV-Bezirkskonferenz gleich zu Beginn durch folgende schlechte Zahlen vermittelt: Das Durchschnittsalter der anwesenden Delegierten betrug 47,17 Jahre, und der Durchschnittsbeitrag betrug nur 43,44 Mark.

Wie erwartet, stand das „Bündnis für Arbeit“ im Zentrum des Referates des ÖTV-Vorsitzenden Mai. Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaftsvorsitzenden äußerte er erhebliche Skepsis und nannte Bedingungen: So müßten die Kürzungspläne bei der Sozial- und Arbeitslosenhilfe vom Tisch, der Personalabbau im öffentlichen Dienst gestoppt werden. Er kündigte an, die Diskussion über Arbeitszeitverkürzung mit Teillohn ausgleich als Gegenleistung für Beschäftigungsgarantie auch im Tarifgebiet West führen zu wollen (in den neuen Bundesländern gibt es bereits viele lokale Tarifverträge dieser Art). Auch der wiedergewählte Bezirksvorsitzende Lange ging auf das Problem der Beschäftigungssicherung ein. Angesichts der gerade verabschiedeten Koalitionsvereinbarung, die im Mittelpunkt seines Beitrages stand und die die Kürzung von insgesamt 18000 Beschäftigten bis 1999 vorsieht, forderte Lange Gespräche und Verhandlungen über ein Tarif- und Arbeitsplatz-Paket. Lange hält Regelungen wie bei VW für den öffentlichen Dienst nicht für machbar und spricht sich für „intelligente“ Lösungen (freiwillige Teilzeit, Sabbatical, Vorruhestand) aus. Die Presse machte daraus allerdings den Vorschlag, daß Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ab 65000 DM Bruttoeinkommen 10 % weniger arbeiten und verdienen sollen.

Trotz dieser teilweise weitreichenden Äußerungen seitens der Vorsitzenden gingen nur zwei Delegierte auf das „Bündnis für Arbeit“ und die damit verbundenen Risiken ein. Allerdings kam die Diskussion darüber Dank mehrerer Anträge des Erwerbslosenausschusses zustande. Mit ihren Anträgen zwang der Erwerbslosenausschuß die Delegierten zu einer Diskussion über das Problem der Arbeitslosigkeit. Absichtlich provokativ forderten sie Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zwecks Arbeitsplatzert halt bzw. Schaffung, die besondere Berücksichtigung der unteren Einkommensgruppen (durch stärkere Anhebung oder Streichung), eine existenzsichernde Grundversorgung statt Lohnabstandsgebot u.ä. Auch die Jugend forderte in einem Antrag, Absenkungen zu Beginn des Berufslebens für sichere Arbeitsplätze in Kauf zu nehmen. Mit diesen „Provokationen“ schafften sie es, deutlich zu machen, daß die bisherige überwiegende Gewerkschaftspolitik – Lobbyarbeit für

das eigene (beschäftigte) Klientel zu machen – nicht mehr fortführbar ist. Die Aussage, daß es auch Ergebnis der ÖTV-Tarifpolitik ist, daß in den obersten Angestellten- und Beamtengruppen inzwischen Kapitalbildung möglich ist, während in den unteren Einkommensgruppen die Arbeitsarmut beginnt, erhielt viel Beifall. Zu spüren war auch, daß manche Delegierte noch immer die Brisanz der Lage ignorierten. Gerade auch sich fortschrittlich verstehende Delegierte traten verbalradikal gegen Lohnverzicht oder andere „Zugeständnisse“ auf. Erreicht wurde mit der Diskussion immerhin das Versprechen des Berliner Vorsitzenden, daß dieses Problem in die Diskussion der großen Tarifkommission eingebracht werde. Auf Berliner Ebene wird eine Arbeitszeitkonferenz stattfinden, auf der über die verschiedenen Formen von Arbeitszeitmodellen diskutiert werden kann.

Eine weitere interessante Debatte gab es zu der Frage des Verhältnisses von Gewerkschaften und Parteien. Die Verwendung von Wahlwerbung politischer Parteien anlässlich der Abgeordnetenhauswahlen wurde mißbilligt und für die Zukunft untersagt. Die Diskussion hierüber wie auch zu einem Antrag, der das Verhältnis der ÖTV zur PDS festlegen sollte, zeigte, daß die Meinungen weit auseinander gehen. Auch die Frage des Umgangs in der Gewerkschaft mit linken Organisationen (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) kam zur Sprache. Auch hier gab es die Zusage des Bezirksvorsitzenden, die Diskussion im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung fortzuführen. In weiteren Anträgen forderten die Delegierten die Angleichung der Tarifbedingungen Ost an West, eine Nachbesserung des Tarifabschlusses VBL (Ost), worin die besondere Lage Berlins als tarifgeteiltem Land zum Ausdruck kommt. Dem Bedürfnis, auch privatisierte und ausgegliederte Einrichtungen des öffentlichen Dienstes unter tariflichen Schutz zu stellen sowie die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten abzubauen, waren weitere Anträge gewidmet.

Die Zustimmung der ÖTV zur Fusion Berlin-Brandenburg wurde u.a. von der Vereinheitlichung der Tarife auf Westniveau, dem Ausschuß betriebsbedingter Kündigungen und der Beteiligung der Gewerkschaften an der Erarbeitung von das Personal betreffenden Landesgesetzen abhängig gemacht. An die Fortsetzung der Unterstützung der Verwaltungsreform wurden ebenfalls Bedingungen geknüpft wie die stärkere Beteiligung der Beschäftigten, Änderung der zeitlichen Vorgaben, kein Mißbrauch der Verwaltungsreform zu pauschalen Stellenstreichungen.

Positiv ausgewirkt hat sich die Mitarbeit von Seniorinnen und Senioren aus dem Ostteil der Stadt. Der bislang eher konservativ orientierte Bereich brachte einen Antrag ein, mit welchem der Grundsatz, „von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgehen“, zum Grundsatz deutscher Außenpolitik gemacht werden soll, ein Verbot von Waffenausporten gefordert und die technologische Aufrüstung der Bundeswehr mit dem Ziel globaler Einsatzbarkeit abgelehnt wird. Insgesamt war die Atmosphäre der Berliner Konferenz trotz inhaltlicher Differenzen von einer sachlichen Auseinandersetzung geprägt, im Vergleich zu früheren und anderen Konferenzen ein Fortschritt.

- (har)

freiheit des Arbeitnehmers gehöre auch das Recht auf Kritik, solange der Arbeitgeber nicht beleidigt werden.

Und wenn der Arbeitgeber seine Mitteilungen über das firmeneigene Netz verbreitet, dann könne er nicht beanstanden, wenn das Betriebsratsmitglied für sein kritisches Rundschreiben ebenfalls die Mailbox benützt.

Ein kleines Stückchen Waffen-

gleichheit.

- (ulr)

„Bündnis für Arbeit“: Der Standort schlägt durch

Gewerkschaften verkaufen viel für wenig

Auf beiden Verhandlungsebenen, in der Branche und bei den „Kanzlerrunden“, kommt das „Bündnis für Arbeit“ voran – aber nicht so, wie sich das Klaus Zwickel von der IG Metall gedacht haben dürfte.

In den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall zeichnet sich eine Erleichterung des Freizeitausgleichs für Mehrarbeit ab. Den obligatorischen Ausgleich ab der ersten Überstunde lehnt Gesamtmetall aber ab. Für den Fall einer befriedigenden Regelung – und die IG Metall konzentriert alle Arbeitsplatzforderungen inzwischen auf Abbau von Mehrarbeit und Freizeitausgleich – stellt die Gewerkschaft Zugeständnisse in Aussicht: die Verlängerung der Höchstdauer befristeter Arbeitsverhältnisse von 18 Monaten (nach dem bisher bekämpften Beschäftigungsförderungsgesetz) auf 24 Monate; mehr Bündelung von Zeitguthaben auf Zeitkonten und längere Zeiträume für den Ausgleich von Mehrarbeit (alles bisher ohne Definition von Obergrenzen); Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose.

Der neue Hauptgeschäftsführer und künftige Präsident von Gesamtmetall, Stumpfe, sieht die IG Metall hier in seiner Falle: „Wenn die IG Metall mit uns gemeinsam der Meinung ist, wir sollten den Unternehmen alle denkbaren Anreize geben, damit sie Überstunden in Neueinstellungen umwandeln, dann stimme ich Herrn Zwickel zu.“¹ Solche „Anreize“ sind für Herrn Stumpfe Maßnahmen, mit denen man billiger heuern und leichter feuern kann. Er wird der IG Metall für jede Stunde unverbindlichen Freizeitausgleichs noch mehr „Anreize“ abtrotzen wollen!

Nicht besser sieht es bei den „Kanzlerrunden“ aus. Hier haben die Gewerkschaften die Erklärung „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“, ausge-

kocht im Kanzleramt, mitunterzeichnet. In den Augen des DGB-Vorsitzenden Schulte ist sie ein guter Weg, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, sondern auch dementsprechend zu handeln.²

Die IG Metall äußert sich weniger euphorisch, ist aber gleichermaßen in dem Projekt gefangen. Als herausragendes, hoch gestecktes Ziel sieht sie die proklamierte Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000. Hier hätten Wirtschaft und Regierung eine gewerkschaftliche Forderung übernommen.³ Außerdem hätten die Arbeitgeber ihr „Versprechen“ erneuert, bis 1997 zehn Prozent zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Und die Arbeitgeber akzeptierten, daß Überstunden „wo immer möglich vermieden“ und dafür Leute eingestellt werden sollten, sei es auch nur befristet. Die Aussage zum Flächentarifvertrag: „Zur Gestaltung von Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen bleibt es das geeignete Instrument“ interpretiert die IG Metall als Absage an gesetzliche Öffnungsklauseln. Schließlich verbucht sie noch positiv die Absichtserklärungen zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder bei Verkehr, Umwelt und Energie, die geplanten „Zukunftsgespräche“ mit Regierung und Wirtschaft und die „Branchendialoge“ sowie das Bekenntnis zu mehr Forschung und Entwicklung und Aus- und Weiterbildung.

Im Paket mit diesen unverbindlichen Zielen, Absichtserklärungen, Versprechungen usw. haben die Gewerkschaften aber auch die eigenen Handschellen eingekauft: Eine „moderate Tarifpolitik“ soll sowohl Beschäftigung als auch Wettbewerbsfähigkeit sichern, wobei flexiblere Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten, Teilzeit und Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose genannt werden.



Die heutige Frührente soll „sozialverträglich“ durch Altersteilzeit abgelöst werden. Die Debatte um die Lohnfortzahlung bei Krankheit geht in gemeinsamen Gesprächen weiter, wie Fehlzeiten zu verringern sind.

Schließlich verweist die Gewerkschaft auf „viele auch für die IG Metall problematische“ Punkte, die sehr allgemein, teilweise widersprüchlich und Auslegungssache seien: Senkung der Staatsquote, „wachstums- und beschäftigungsfreundliche“ Gestaltung des Steuerrechts, Reduzierung der Sozialabgabenquote, Stärkung der Eigenvorsorge, Verringerung der gesetzlichen Lohnnebenkosten. Steuerfinanzierte Sozialleistungen sollen „zielgenauer auf Bedürftige konzentriert“ werden. Die geforderte Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe taucht nicht auf.

Darüber hinaus hat die Regierung angekündigt, daß sie die Arbeitslosenhilfe jährlich pauschal um 3% (nicht mehr 5%) kürzen will, obwohl die IG Metall solche Kürzungen ursprünglich zu einem Bruchpunkt für das „Bündnis“ erklärt hat. Schließlich hat die Bundesregierung auch in ihrem 50-Maßnahmen-Paket zum Jahreswirtschaftsbericht jede Annäherung an gewerkschaftliche Forderungen strikt vermieden. Den

wichtigsten Punkt ihrer gewerkschaftlichen „Bündnispartner“, den Abbau von Mehrarbeit, hat sie nicht einmal erwähnt.

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Henkel, findet am „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“ „besonders wichtig“, daß man sich auf „gemeinsame Ziele“ geeinigt habe.⁴ Man spürt zwischen diesen Zeilen das Erstaunen des Industrieverbandsmannes, wie weit und wie rasant die Gewerkschaften ihre Politik der kapitalistischen Standortdebatte ein- und untergeordnet haben. Ohne Begründung haben die Gewerkschaften in der Kanzlerrunde vieles unterschrieben, was sie bislang bekämpft haben. Wie wollen sie im einzelnen gegen unsoziale Maßnahmen der Regierung noch angehen und mobilisieren, wenn sie diese als allgemeine Schlagworte schon unterschrieben haben? Auf dem eingeschlagenen Weg sind die Gewerkschaften erschreckend weit in die Defensive gedrängt worden. Sind sie zu deutlichen Korrekturen willens und in der Lage?

Quellenhinweise: (1) Stuttgarter Zeitung, 24.1.96; (2) StZ, 25.1.96; (3) Positionen der IG Metall zum „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“ nach: direkt 02/96; (4) StZ, 25.1.96. – (rok)

Sechs Prozent mehr Lohn und „verbindlich zugesagte“ Arbeitsplätze

Forderungsempfehlung der Vertrauensleute Ludwigshafen der IG Chemie an die Tariff Kommission

Die Versammlung von ca. 700 Vertrauensleuten der Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Chemie beschloß mehrheitlich am 26. Januar 1996 die Forderungsempfehlung an die Tariff Kommission Rheinland-Pfalz.

Es gab etwa ein Drittel Gegenstimmen von Kollegen, vor allem aus dem Schicht- und Handwerkerbereich der BASF, die für eine höhere Geldforderung – bei Umfragen wurden oft 7 % genannt – waren, da die BASF im vergangenen Geschäftsjahr enorme Profite gemacht, und die Arbeit nach dem radikalen Personalabbau der letzten Jahre sehr verdichtet wurde.

Der Beschluß lautet:

„1. Die Tarifentgelte sind um 6% zu steigern. Neben dem Ausgleich der Preislagerungsrate ist die Produktivitätsentwicklung zu berücksichtigen.“

2. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen einheitlich um 90 DM.

3. In der Tarifrunde 1996 soll die Beschäftigungssicherung und -förderung mit dem Ziel, den Arbeitsplatzabbau zu stoppen und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, verhandelt werden.

Darüber sind über die bereits in den Tarifverträgen 1992 bis 1995 vereinbar-

ten Instrumente konkrete und nachvollziehbare sowie kontrollierbare Vereinbarungen zu treffen, die einen nennenswerten Zuwachs von Arbeitsplätzen vorsehen. Das erfolgreiche Beispiel der „Runden Tische“ soll regional für derartige Vereinbarungen eingesetzt werden. Im besonderen ist die begonnene Ausbildungsplatzinitiative der Tarifvertragsparteien auch 1996 fortzusetzen.

4. Die Laufzeit der neuen Tarifverträge sollte nicht mehr als 12 Monate betragen.“

Die Vertrauensleute in Mainz und Neustadt hatten wenige Tage zuvor ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Nach Aussagen des für Tariffragen zuständigen Hauptvorstandsmitglied Terbrack betrachtet die IG Chemie diese Tarifrunde als ihren Beitrag zum Bündnis für Arbeit. Die bisher beschrittenen Wege zur Beschäftigungssicherung, wie der auf 95 % des Tarifs abgesenkte Einstiegslohn für Berufsanfänger und sogenannte Langzeitarbeitslose, sei „ein wichtiger Beitrag“ gewesen, den alle DGB-Gewerkschaften inzwischen aufgegriffen hätten. (Die IG Medien hat er dabei dezent unterschlagen.)

Zu allem Übel ist inzwischen der Vorsitzende der IG Chemie so weit gegangen, in einem BILD-Interview den Effektivlohn als Berechnungsgrundlage für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Frage zu stellen. Man könne darüber nachdenken, die Überstunden dabei rauszurechnen. Es besteht also durchaus Anlaß zu befürchten, daß die IGCPK solche Überlegungen schließlich im Abschluß '96 verwurschtelt. Es wäre nicht das erste Mal, daß in laufenden Tarifverträge eingegriffen wird. Letztes Jahr wurde zur Überraschung der Basis der Tarifvertrag zum 13. Monatsentgelt mit einer Öffnungsklausel versehen, wonach die Betriebsparteien je nach wirtschaftlicher Lage des Betriebs die Höhe und den Auszahlungszeitpunkt des 13. Monatsentgelts verändern können.

Daß man mit einer solchen Taktik des ständigen Nachgebens – im IG Chemie-Jargon „kreativ“ und „zukunftsorientiert denken“ – keinen Blumentopf gewinnt, sondern über den Tisch gezogen wird, war auf der Versammlung offenkundig relativ breite Meinung. Immer wieder wurde betont, daß „wir“ inzwischen genug Vorleistungen erbracht haben.

Mehrmals wurden Bedenken über die ideologische Defensive, in der sich die IG Chemie befindet, geäußert: daß die Gewerkschaft vom Umverteilen nicht mal mehr rede. Unter dem Deckmantel der Schaffung von Arbeitsplätzen werde lediglich die Umverteilung von unten nach oben verschärft, daß mit den Einstiegsgehältern ausgerechnet die Gewerkschaft in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob die Arbeitslosigkeit eine Sache der Lohnhöhe sei, daß das Kaufkraftargument aus der Diskussion verschwunden sei (der Lohnverzicht der vergangenen Jahre hat uns eine Menge Arbeitsplätze gekostet, indem er Kaufkraft entzog und somit Arbeitsplätze vernichtete), daß die Köpfe mit falschen Begriffen belegt seien, die „uns gegen die eigenen Interessen handeln lassen“. Ein Betriebsratsmitglied der BASF wies darauf hin, daß die Veränderung der Währungsparität dieses Jahr allein den Unternehmen Mehrkosten verursacht habe, die etwa den Lohnerhöhungen der letzten fünf Jahre entspreche. Weshalb also immer nur von Lohnkosten reden. Immer wieder kam der Hinweis, daß ohne Bewegung an der Basis diesesmal nichts zu holen sei.

– (ede, Kommunal-Info Mannheim, gekürzt)

Von Bündnisgrünen und PDS zu Krieg und Frieden

Aus der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und vom Magdeburger Parteitag der PDS – Dokumente

Demokratisierung und Entmilitarisierung der Außenpolitik

Auszug aus der Hauptresolution des Parteitags

Den Text dieses Auszugs hat uns freundlicherweise die Redaktion des PDS-Pressedienstes zur Verfügung gestellt. Die vollständigen Ergebnisse des Parteitags werden in einer Sondernummer von DISPUT Nr. 2 und PDS-Pressedienst Nr. 5/6-96, 64 Seiten, am Donnerstag, den 8. März, erscheinen. Bezug über PDS-Parteivorstand, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

Die PDS ist eine antimilitaristische Partei, die auch pazifistische Traditionen und Bestrebungen Rückhalt und Unterstützung gewährt. Als Verfechterin antikapitalistischer Alternativen und sozialer Leitbilder und Utopien bewährt sich ihr demokratischer Charakter zuerst und vor allem in der bedingungslosen Gegnerschaft zur Militarisation der internationalen Beziehungen. Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg, gegen die Anwendung von Gewalt zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte, ist unsere internationalistische Aufgabe. Niemand hat das Recht, andere zum Töten in die Welt zu schicken.

Wir tragen dazu bei, die Basis für aktive Friedensarbeit zu vergrößern. Wir intensivieren den Dialog, die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Widerstand mit anderen Friedenskräften, um politische Mehrheiten für die Durchsetzung einer alternativen Außenpolitik, für Gewaltverzicht und für eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen zu gewinnen.

Wir lehnen militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ab. Das gilt auch allen Bestrebungen im Rahmen der UNO, regionale Auseinandersetzungen und einzelne innerstaatliche Konflikte mit militärischen Mitteln bewältigen zu wollen, anstatt die jeweils vorhandenen Möglichkeiten der Kriegsverhütung und der politischen, nicht-militärischen Problem- und Konfliktlösung zu nutzen. Insbesondere lehnen wir auch nach den verhängnisvollen Entscheidungen von Bundestagsmehrheiten am 30. Juni und 6. Dezember 1995 die Einbeziehung der Bundeswehr in alle über den verfassungsmäßig begrenzten Verteidigungsfall hinausgehenden Militäraktionen ab. Wir widersetzen uns der Instrumentalisierung der NATO für großmachtpolitische Bestrebungen und fordern die Auflösung dieses Militärpaktes. Die PDS wendet sich daher gegen die eingeleitete Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr zu einer weltweit aktionsfähigen Streitmacht. Wir unterstützen die Bewegung zur Verweigerung von Wehr- und Ersatzdiensten und alle Initiativen für radikale Abrüstung, Rüstungsexportverbot und Konversion der Rüstungsindustrie. Die PDS fordert die Abschaffung der Wehrpflicht.

Der unwiderrufliche Verzicht Deutschlands auf atomare Bewaffnung, auf jegliche Verfügungsgewalt über diese im Rahmen bestehender Mitgliedschaft Deutschlands in den militärischen Bündnissen NATO und WEU sowie die ABC-Waffenfreiheit seines gesamten Territoriums gehören ins Grundgesetz. Analoge Verpflichtungen

sind im Vertrag über die Europäische Union festzuschreiben. Deutschland sollte der erste Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten sein. Die PDS wendet sich strikt gegen die beständige Modernisierung von Waffensystemen, einschließlich der Beteiligung an der Forschung und dem Aufbau einer WEU-Weltraumrüstung. Sie wendet sich gegen Entwicklung, Produktion und Export von Minen und Minenwaffensystemen.

Die PDS setzt sich für eine demokratische Reform der UNO, für weltweite kooperative, nichtmilitärische Sicherheitssysteme und für die Weiterentwicklung der OSZE als zentrale Säule einer gesamteuropäischen Sicherheit.

Militärmacht Deutschland?



architektur ein. Da die PDS für die Auflösung von Militärblöcken, wie der NATO, eintritt, sieht sie auch keinen Zugewinn an Sicherheit durch eine Ausdehnung der NATO nach Osten. Im Gegenteil, eine solche Ostausdehnung würde Rußland und vielleicht auch andere Staaten Osteuropas in eine gefährliche Isolierung treiben, die dort Bedrohungsängste auslösen muß.

In der Europapolitik geht die PDS von einem gesamteuropäischen Ansatz aus. Sie lehnt die erneute West-Ost-Spaltung Europas ab, ebenso die Vorstellung von einem Kerneuropa oder von der hegemonialen Rolle eines Staates oder einer Gruppe von Staaten.

Die PDS erarbeitet Alternativen zum Maastrichter Konzept der Wirtschafts- und Währungsunion und zu der mit Maastricht II verbundenen Absicht, durch die geplante Integration der WEU in die EU eine selbständig kriegsführungsfähige europäische Armee aufzubauen und damit den bisherigen zivilen Charakter des westeuropäischen Integrationsprozesses aufzugeben.

Die PDS unterbreitet Vorschläge zur Demokratisierung der Europäischen Union. Sie setzt sich für eine Erweiterung der EU nach Osten und Süden und eine dafür notwendige Umgestal-

tung der EU ein. Wir sehen dies auch als eine Voraussetzung dafür, die politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Potenzen in Europa für die Lösung der neuen Herausforderungen dieser einen Welt einzusetzen. Alternativvorschläge sind zur Innen- und Rechtspolitik sowie zur Reform der EU-Agrarpolitik zu entwickeln.

Die PDS setzt sich mit den Konvergenzkriterien und finanzpolitischen Maßnahmen zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung sowie ihren sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen auseinander. Sie setzt sich dafür ein, daß die im Maastrichter Vertrag vereinbarte Wirtschafts- und Währungsunion mit der Herstellung einer Sozialunion verbunden wird. Die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung in der Bundesrepublik darf nicht, wie vorgesehen, nur von Regierung und Parlament entschieden werden. Dieser Schritt bedarf der Legitimation durch einen Volksentscheid.

Die PDS verbessert die Bildungsarbeit zu europapolitischen Themen. Sie gibt Anfang 1996 eine Broschüre „Die PDS und Maastricht II“ heraus und führt 1996 und 1997 Europatage durch. Für Oktober 1996 ist eine Konferenz mit internationaler Beteiligung zu rechten Entwicklungstendenzen in Europa vorgesehen. Innerparteilich wollen wir die politischen Bildungsangebote zur Europapolitik und die europapolitische Kompetenz in den Landesverbänden ausbauen und rechtzeitig KandidatInnen zur Europawahl 1999 gewinnen.

Die PDS intensiviert ihre internationale Zusammenarbeit mit linken Parteien und Bewegungen. Insbesondere ergreift sie Initiativen für gemeinsame Aktionen mit den im Forum der Neuen Europäischen Linken vertretenen Parteien. Die PDS nutzt ihre Kontakte zu linken Parteien Mittel- und Osteuropas, um ein engeres Zusammenwirken der Linken auf gesamteuropäischer Ebene zu befördern. Sie qualifiziert die kontinuierliche internationale und diesbezüglich auch die innerparteiliche Kommunikation und Information.

Ihr Engagement gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland verbindet die PDS mit internationalistischem Herangehen an die globalen Probleme. Beginnend mit der 2. Tagung des 4. Parteitags wird die PDS unter dem Slogan „Die Welt gehört allen“ Aspekte eines Konzepts für eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung entwickeln. Dabei werden die Zusammenhänge zwischen der Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise in den entwickelten Ländern und Unterentwicklung, Armut und Umweltzerstörung im Weltmaßstab herausgearbeitet. Daraus ergeben sich Politikansätze und Aktivitäten der PDS sowohl auf der Bundes-, der Landes- als auch auf der kommunalen Ebene.

Die PDS setzt ihre internationalistische Solidaritätsarbeit in konkreten Projekten und Vorhaben, z.B. im Rahmen der AG „Cuba si!“, fort.

Wie wir in dieser Zeitung mehrfach berichtet, hat auch die PDS im letzten Jahr diskutiert, ob nicht Umstände denkbar seien, unter denen die Partei einem Einsatz deutschen Militärs zustimmen könnte. Der nebenstehend dokumentierte Auszug aus dem jüngsten Parteitagsbeschuß zeigt, wie die Diskussion ausgefallen ist. Mit den Feststellungen: „Niemand hat das Recht, andere zum Töten in die Welt zu schicken“ und „Deutschland sollte der erste Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten sein“ gibt die PDS zu erkennen, daß heutige sozialistische Politik sich vom Einsatz staatlicher Gewalt nichts Gutes mehr verspricht.

Für die Ablösung der derzeitigen, gewaltbereiten und kriegführenden Regierung ist wichtig, daß die Positionsbestimmung der PDS auch eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit friedenspolitischen Kräften bei den Bündnisgrünen und wohl auch bei der SPD enthält. Hier geht es hauptsächlich um die Frage, wie die internationalen Institutionen entmilitarisiert und zivilisiert werden können.

Das zweite, hier anschließende Dokument zeigt, wie die Gegnerinnen und Gegner von deutscher Militärpolitik bei den Bündnisgrünen wieder Boden gewinnen wollen. Wenn diese Positionen auch ohne Zweifel eine Entmilitarisierung der Außenpolitik anstreben und – wenn sich eine tragende Mehrheit dafür fände – auch bewirken können, so läßt sich doch eine Abwendung der Grünen vom Konzept der Basisdemokratie und eine Hinwendung zum Staatsgedanken herauslesen, die auf Dauer gefährlich sein könnte. Die Übertragung von Souveränitätsrechten der jetzigen Nationalstaaten an internationale Institutionen muß nicht auf Zivilisierung der internationalen Beziehungen hinauslaufen. Die Annäherung an das sozialdemokratische Konzept der „Weltordnungspolitik“ prägt nicht das Dokument, ist aber als Unterton unüberhörbar. (maf)

Friedens- und Sicherheitspolitik

Überlegungen zu den Arbeitsschwerpunkten 1996

Angelika Beer, Ludger Volmer

Die folgenden Überlegungen verstehen sich als Vorschlag an die Fraktion bzw. die entsprechenden Arbeitskreise, problemübergreifend gemeinsam Schlüsselfragen der internationalen Politik zu bearbeiten. Zugleich skizzieren sie aus dem Blickwinkel der Friedens- und Sicherheitspolitik die wichtigsten Fragestellungen, die wir in der nächsten Zeit in enger Kooperation unserer Büros (weiter) bearbeiten wollen.

Internationale Strukturpolitik, Konfliktprävention und erweiterter Sicherheitsbegriff

Die Globalisierung der Weltwirtschaft korrespondiert mit einem Prozeß der Globalisierung der Probleme und Risi-

ken. Der Dynamisierung sogenannter „Internationaler Arbeitsteilung“ in den Produktionsstrukturen international agierender Unternehmen, des Welthandels, Weltverkehrs, der elektronischen Kommunikation und eines globalen, von realwirtschaftlichen Prozessen weitgehend entkoppelten Finanzmarktes, entspricht eine wachsende Interdependenz der damit verbundenen Probleme der Umweltzerstörung, ruinöser Standortkonkurrenz, Massenarmut, Wanderungsbewegungen, sozialer Desintegration, gewaltsamer Konfliktaustragung, regionalen Wetttristens, unkontrollierten Nuklearpotentials und internationaler Banden- und Wirtschaftsskriminalität. Die Themenfelder der Außen- und Umweltpolitik, der Außenwirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik bilden vor diesem Hintergrund immer größere Schnittfelder, zugleich klafft eine wachsende Schere zwischen dieser Globalisierung und den politischen Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten. Die Gefahr wächst, daß eine verselbständigte Weltökonomie die wirtschaftliche, soziale und ökologische Regelungskompetenz der Staaten aushebelt. Die Trends der globalen Entwicklung verweisen auf vielfältige gesellschaftliche Regelungsdefizite, denen bislang weder Umwelt-, noch Wirtschafts-, noch Sicherheitspolitik in Theorie und Praxis gerecht werden konnten. Das enorme Konfliktpotential im internationalen System, die notwendigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Korrekturen der Weltentwicklung erfordern eine neue internationale Strukturpolitik, die Interessen an einer nachhaltigen Entwicklung mit den Aufgaben einer internationalen Krisenprävention konzeptionell verbindet und sich dabei nicht um den Konflikt drückt, der zwischen konkreten ökonomischen Interessen und bewußten Wertentscheidungen für das Primat langfristiger Überlebensinteressen sowie sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit in und zwischen den Nationalstaaten besteht. Auf der politischen Tagesordnung steht sozusagen die Entwicklung eines erweiterten, entmilitarisierten Sicherheitsbegriffes, der an der Schaffung von positiven gesellschaftlichen Bedingungen für „nachhaltigen“ Frieden orientiert ist.

Diese Einschätzung wird in den Grundlinien heute von den ExpertInnen der verschiedensten Sparten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik geteilt. Die politische, interdisziplinäre Debatte darüber wird zwar ständig gefordert, von den politischen Kräften im deutschen Bundestag politisch aber viel zu wenig organisiert und auf Handlungsmöglichkeiten zugespitzt. Von dieser Kritik können wir auch unsere Fraktion nicht ausnehmen.

Wir sehen es daher als besonders wichtig an, 1996 konkrete Initiativen zu ergreifen, um den schon begonnenen Diskurs zwischen Ökologie- und Entwicklungspolitik über den Regelungsbedarf eines globalen Ordnungsrahmens um die Finanz-, Handels- und Sicherheitspolitik zu ergänzen. Ausgangspunkt sollten unmittelbar auf der Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft stehende Fragen der Ordnungspolitik sein. Die politische Zuspitzung der Diskussion sollte auf die Wechselwirkung zwischen der Förderung nachhaltiger Entwicklung, Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung liegen.

Die Debatte um eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung der internationalen Wirtschaft hat sich mit der Schaffung der neuen Welthandelsorganisation (WTO), den Forderungen der G-7-Gruppe nach einer Neuordnung der internationalen Finanzsituation, den Verpflichtungen des Weltsozialgipfels und der Vorlage des Global Governance Report 1995 belebt. Es geht da-

bei insbesondere um die Fragen:

- wie die Verankerung verbindlicher sozialer Mindeststandards nach dem Muster der elementaren Sozialklauseln der ILO negative soziale Auswirkungen des internationalen Handels und das gezielte Anheizen einer zerstörerischen Standortkonkurrenz durch internationale Unternehmen eindämmen kann,

- wie analog Umweltstandards internationale „Öko-Dumping“ verhindern können und internationales Ordnungsrecht gegen den exzessiven Verbrauch nicht regenerierbarer Ressourcen geschaffen werden kann,

- wie für internationalen Handel und Investitionen durch ein globales Wettbewerbsrecht und einen neuen Investitionskodex verbindliche Regelungen für unternehmerische Tätigkeit geschaffen werden können,

- wie eine Stärkung des UN-Waffenregisters durchgeführt werden kann, so daß regelmäßige Waffengeschäfte und entsprechender Technologietransfer kontrolliert und aktuelle Informationen darüber veröffentlicht werden,

- wie internationale Besteuerung geschaffen bzw. durchgeführt werden kann, etwa auf internationale Finanztransaktionen (Tobin-Steuer) oder als Unternehmenssteuer für transnationale Konzerne und mit einem Konzept zur Lösung der Schuldenkrise verbunden werden kann,

- wie eine Reform der internationalen Finanzsituation zu weltwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten im institutionellen Rahmen der Vereinten Nationen und eine internationale Banken-Aufsicht durchgesetzt werden können.

Insgesamt skizzieren diese Themen auch erste Konturen einer globalen Strukturpolitik, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Sicherheitsbedürfnissen jetziger und künftiger Generationen zu sehen ist. Sowohl für die präventive Friedensarbeit, die akute Konfliktbearbeitung als auch die Konfliktfolgenbearbeitung haben diese Bereiche der Strukturpolitik eine wichtige Bedeutung. Funktionierende positive Strukturhilfen oder Sanktionen ebenso wie negative Sanktionen oder Embargomaßnahmen im Handels- wie Finanzbereich bedürfen funktionierender globaler ordnungspolitischer Instrumente. Sicherheitspolitik ist heute ohne eine ökonomische und insbesondere auch ohne eine finanzpolitische Dimension nicht mehr denkbar. Es geht politisch gegenwärtig darum, diese Dimension möglichst konkret in einem Dialog zwischen Finanz- und WirtschaftsexpertInnen und der Friedensforschung herauszuarbeiten und entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln.

Die Durchführung eines interdisziplinären Symposiums zum Themenkomplex *Internationale Strukturpolitik, Konfliktprävention und erweiterter Sicherheitsbegriff* ist deshalb für das zweite Halbjahr 1996 anzustreben. Die Vorbereitung sollte in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Partei durchgeführt werden.

Die BAG „Friedens- und internationale Politik“ hat bereits diese Themen für ihre Sitzung im Juni 1996 als Schwerpunkt vorgesehen, so daß ein möglicher Rahmen für gemeinsame Planungen besteht.

Internationale Strukturpolitik und die Probleme der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit

Die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki vom 1. August 1975 bedeutete den Beginn einer neuen Form europäischer kooperativer Sicherheitspolitik.

Die „Charta von Paris für ein neues Eu-



Alfred Kubin, *MACHT*, Lichtdruck aus der „Hans-von-Weber-Mappe“, München 1903

ropa“ vom November 1990 markiert die Überführung der KSZE von einem Regulationsmechanismus der Blockkonfrontation zu einem gesamteuropäischen Kooperationssystem im Sinne einer Regionalorganisation der UNO. In Paris wurden entsprechend neben den klassischen „Säulen“ militärischer Sicherheitspolitik und Konfliktverhütung auch die „Säulen“ ökonomischer und ökologischer Kooperation durch die, wenn auch noch rudimentäre, Institutionalisierung eines „Wirtschaftsforums“ als Aufgabe verankert.

Die weitere Entwicklung der OSZE ist somit um drei politische Felder zentriert: den Aufbau eines nichtmilitärischen kooperativen Sicherheitssystems in Europa, den Ausbau der demokratischen Institutionen und die Sicherung der demokratischen Rechte sowie die Entfaltung einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen, finanzpolitischen und ökologischen Kooperation.

Mittelfristig könnte sich eine entsprechend weiterentwickelte OSZE als die Schlüsselinstitution zur Verzahnung der Mitgliedsstaaten der EU mit den Staaten Mittel- und Osteuropas und den GUS-Staaten in einem gesamteuropäischen Entwicklungsprozeß erweisen, der sowohl eine sicherheitspolitische als auch ökonomisch-ökologische Dimension hat. Die „Balladur-Initiative für einen Stabilitätspakt in Europa“ und auch die russische Initiative für ein „Sicherheitsmodell Europa im 21. Jahrhundert“ bieten hierfür ganz konkrete politische Ansatzpunkte.

Wir sehen es daher als besonders wichtig an, 1996 politische Initiativen zu ergreifen, um auch für die Entwicklung der OSZE endlich den bislang eher formal erkannten Zusammenhang zwischen Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik ins Zentrum der politischen Debatte zu rücken. Ausgangs-

punkt sollten auch hier unmittelbar auf der Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft stehende Fragen der Ordnungspolitik sein.

Dabei geht es insbesondere um den Ausbau des OSZE-Sicherheitsforums, des Konfliktverhütungszentrums und die Erweiterung des Mandates des OSZE-Generalsekretärs, um die Perspektiven des Wirtschaftsforums und die Schaffung eines „hohen Kommissars für ökologische Fragen“.

Die politische Zuspitzung der Diskussion sollte auf die Wechselwirkung zwischen der Förderung nachhaltiger Entwicklung und gesamteuropäischer Kooperation, Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung liegen.

Eine Arbeitstagung über die >Entwicklungsperspektiven der OSZE und ihre Bedeutung für die gesamteuropäische Integration< sollte eine Zwischenbilanz unserer bisherigen Debatten im Austausch mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft ziehen und Vorschläge für weitere politische und parlamentarische Initiativen ergeben.

Vorbereitet wird dies gegenwärtig schon durch die Erarbeitung einer großen Anfrage zur OSZE-Politik der Bundesregierung.

Zivilisierung der internationalen Beziehungen: Entmilitarisierung, Abrüstung und die Entwaffnung der Nationalstaaten.

Die Anforderungen an Friedenspolitik im engeren Sinne haben sich spätestens seit 1989 drastisch gewandelt. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hatte es die historisch einmalige Gelegenheit zu einer substantiellen Abrüstung gegeben. Die Chancen wurden jedoch aus Gründen von nationalstaatlichen Egoismen versenkt. Die Rüstungskontrollverträge der Übergangszeit (KSE, START) wurden nicht weiter entwickelt und sind heute der internationalen Sicherheitslage nicht mehr angemessen. Anstatt des zunächst erhofften Friedens sind viele innergesellschaftliche Konflikte in zum Teil grausame Bürgerkriege umgeschlagen. Den internationalen Staatengemeinschaften fehlen sowohl auf globaler wie auf regionaler Ebene die Mittel, um die Konflikte adäquat zu bearbeiten und eine Lösung zuzuführen. Konfliktprävention und Konfliktmoderation bedürfen handlungsmächtiger ziviler internationaler Organisationen.

Beunruhigenderweise ist die sicherheitspolitische Diskussion inzwischen hinter den Stand der achtziger Jahre zurückgefallen. Es wird nicht einmal mehr über defensive Militärstrategien nachgedacht, im Gegenteil, die NATO hat ihren Aufgabenbereich erweitert. Während sich die NATO früher als Verteidigungsbündnis definierte, ist sie jetzt ein Interventionsbündnis, das diffuse Risiken reagieren soll. Sie ist nicht bereit, die Atomstrategie und die Option auf einen nuklearen Ersteinsatz aufzugeben. Die von der NATO angestrebte Erweiterung nach Osten produziert einen weiteren destabilisierenden Unsicherheitsfaktor für eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur. Die WEU ist nach Jahren des Dahindämmens wiederbelebt worden und entzivilisiert als zukünftiger militärischer Arm die Europäische Union. Die rein mi-

litärischen Instrumente, die jetzt entwickelt werden, sind nicht in der Lage, auf die Vielzahl der kleinen Kriege friedenspolitisch zu reagieren, sondern primär daran orientiert, „Stabilitätsinteressen“ des Nordens durchzusetzen. Das Geflecht der Institutionen dient dazu, flexible Einsatzmöglichkeiten zu schaffen. Das Problem sind heute nicht mehr militärische Alleingänge Deutschlands, sondern eine neue Form des militärischen Multilateralismus. Durch den Aufbau neuer militärischer Apparate und Strukturen fehlen aber die notwendigen Ressourcen für den Aufbau von zivilen Konfliktmoderierungs- und Lösungsinstrumenten.

In der Bundesrepublik soll Militär „normaler“ Bestandteil der Außenpolitik werden. Dies drückt sich aus im Wandel der Bundeswehrstrategie, weg von der Kriegsverhinderung, hin zur Kriegsführungsfähigkeit. 60.000 Krisenreaktionskräfte sind nicht für humanitäre Einsätze gedacht. Die Ausbildung der Bundeswehr soll daher „realitätsnah“ sein, das heißt, sie ist ausgerichtet an konkreten Kampfsituationen.

Finanziell spiegelt sich das in der Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr und insbesondere der Erhöhung des militärischen Anteils der investiven Ausgaben seit zwei Jahren wieder.

Während sich vor dem Ende des Ost-West-Konfliktes die etablierte Außen- und Sicherheitspolitik auf die staatlichen Ebenen beschränkte, wurden auf der transnationalen Ebene vornehmlich von Nichtregierungsorganisationen neue Formen von internationaler Politik und Friedenspolitik entwickelt.

Bündnis 90/Die Grünen sind auf beiden Ebenen zu Hause: auf der staatlichen als Partei und auf der nichtstaatlichen aufgrund ihrer historischen Entwicklung und Herkunft aus den neuen sozialen Bewegungen.

Von daher sind sie besonders gefordert, perspektivisch Konzepte und deren schrittweise Umsetzung für die Integration beider Politik Ebenen zu entwickeln.

Die friedens- und sicherheitspolitische Strategie zielt daher auf die zwei Ebenen: internationale und transnationale Politik. Dies drückt sich auch in der Praxis und der Beschlußlage der bündnis-grünen Partei aus.

Auf der staatlichen Ebene ist das Ziel die Entwaffnung der (National)-Staaten und der Machttransfer auf die internationale Ebene. Voraussetzung dafür ist die Fortsetzung von Abrüstungs- und die Rücknahme von Umrüstungsprozessen. Der Machttransfer auf die supranationale Ebene kann durch Souveränitätsabgabe geschehen.

Auf der transnationalen Ebene gibt es vielfältige Politikmöglichkeiten. Die Entwicklung von substaatlicher Außenpolitik, wie sie zum Beispiel von bündnisgrünen Kommunalpolitikern als selbstverständliche Praxis ausgeübt wird, ist ein Beispiel, das vielen oft gar nicht bewußt ist. Außerdem gibt es die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen, die sowohl in Notsituationen helfen können, oft besser als staatliche Institutionen, und die transnationale Öffentlichkeit.

Zusammengefaßt werden beide Ebenen im Konzept der „Zivilisierung der internationalen Beziehungen“.

Ausgehend von dem oben begründeten umfassenden Sicherheits- und einem positiven Friedensbegriff sind für das kommende Jahr Initiativen in folgenden Großbereichen geplant:

Die Bundeswehr wird gegenwärtig von der Bundesregierung zu einem Mittel der Außenpolitik entwickelt und umgerüstet. Die neue Ausrüstung der Truppe dient vor allem Kampfeinsätzen, für die viel beschworenen humanitären Einsätze sind die Soldaten we-

der ausgebildet noch vom Gerät her ausgerüstet. Thematisiert werden sollen in diesem Komplex vor allem die Abschaffung der Wehrpflicht, Krisenreaktionskräfte und multinationale Truppen, das nationale Führungszentrum und das Kommando Spezialkräfte.

Im Bereich Rüstung und Abrüstung als der Hardware der militärischen Apparate finden zur Zeit besorgniserregende Entwicklungen statt. Im Zuge der Umstrukturierung der Bundeswehr werden neue Waffensysteme entwickelt und beschafft, die der modernen High-Tech-Kriegführung dienen sollen. Die zynischen Beispiele sind dabei die Minen und die sog. „nicht-tödlichen Waffen“, die zum Teil irreparable körperliche Schäden verursachen können. Überflüssige und gefährliche Projekte wie der Euro-Fighter 2000 werden beschafft. Der Abrüstungsprozeß, der Mitte der achtziger Jahre auf Initiative von Gorbatschow begonnen hatte, ist inzwischen in eine Krise geraten. Die konventionelle Abrüstung mußte weiterentwickelt werden, die nukleare Abrüstung stagniert. Die Bundesrepublik gehört weiter zu den führenden Rüstungsexporturen. Die Zielstellung ist hier die Kritik der Beschaffung von Rüstung und die Schaffung eines rüstungskritischen Klimas in der Öffentlichkeit. Dies soll zum Teil durch Anfragen (eine Große Anfrage beim Rüstungsexport) und zum Teil durch Anträge (z.B. Satelliten) geschehen. Im Bereich Landminen wird die Kooperation mit den NRO fortgesetzt und mit dem EP eingeleitet.

Zivile bzw. nichtmilitärische Konfliktbearbeitung ist der dritte Bereich, auf den wir uns konzentrieren müssen. Hier sind zum einen verstärkt die Ergebnisse der Friedensforschung einzuarbeiten. Zum anderen können wir uns auf das Engagement und die Erfahrung von NRO beziehen, die in Kriegs- und Krisengebieten Unterstützung leisten oder sich vermittelnd betätigen.

Um die Diskussion zu diesem Themenbereich weiter voranzutreiben, sollte ein Symposium durchgeführt werden, das sich kritisch mit Modellen einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur (wie zum Beispiel Europäische Sicherheitsgemeinschaft) auseinandersetzt.

Genauso wichtig ist der Ausbau internationaler Organisationen (s.o. zur OSZE).

Diese drei Bereiche sind als Einheit zu sehen. Kürzungen bei der Bundeswehr können sowohl der Abrüstung (Abrüstungshilfe) oder dem Aufbau der Unterstützung von ziviler und nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung (ziviler Friedensdienst) zugute kommen. Zum Teil wird das politisch in der Haushaltsdebatte aufgearbeitet werden, zum Teil werden Anträge eingebracht oder (Große und kleine) Anfragen formuliert.

Notwendig ist darüber hinaus eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit im sicherheits- und friedenspolitischen Bereich durch:

- die Erstellung von Publikationen zu den Themen Rüstung/Umrüstung/Krisenreaktionskräfte, Minen und Wehrpflicht,
- regelmäßige Pressegespräche zu sicherheits- und friedenspolitisch relevanten Themenstellungen,
- weiter unregelmäßige Verschickung des FAV-Rundbriefes.

Zielsetzung ist eine Parallelität des Abbaus des militärischen Bereichs und des Aufbaus der zivilen Kompetenzen der internationalen Staatengemeinschaft. Es ist klar, daß es vor allem darum geht, den Gedanken der Zivilisierung der internationalen Beziehungen in der Öffentlichkeit zu verankern, und die Akzeptanz des Militärischen wieder zurückzudrängen.

T E R M I N E

9.-11.2.: Wintertreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen in der Jugendherberge Osnabrück, Iburger Str. 2. Anmeldungen bei: Büro der BAGs, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel.: 069/25 00 30.

20.2.: Diskussionsveranstaltung der AG BWK in und bei der PDS Berlin: Die Linke und Europa. 19 Uhr, PDS-Büro in der Dieffenbachstr. 33, 10067 Berlin.

24./25.2.: 13. Bundeskongreß der SDAJ in der Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule in Gladbeck. Infos bei: SDAJ-Bundesvorstand, Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen, Tel. 0201-230633

24.2.: Seminar der AG BWK bei der PDS/Linke Liste Niedersachsen: „Medien und emanzipatorische Politik“, Referenten: Christian Christians, Martin Fochler. 13 bis 18 Uhr, Hannover, Lister Turm.

25.2.: Jahreshauptversammlung der AG BWK bei der PDS/Linke Liste Niedersachsen, Berichte. Wahlen, Politische Vorhaben 1996. 10 bis 14 Uhr, Hannover, Lister Turm.

23.3.: 18. Landeskonferenz antifaschistischer Organisationen und Initiativen NRW, Gertrud-Bäumer-Schule, Duisburg. ab 10.30 Uhr.

1./3.3.: BDK von Bündnis 90 / Grüne in Mainz.

9./10.: März: BWK-Bundeskonferenz in Köln.

10.3.: Kommunalwahlen in Bayern.

24.3.: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz.

29.3.: In Turin beginnen die „Maastricht-Revisionsverhandlungen“

30./31.3.: Frühjahr-Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KP im Raum Heidelberg. Thema: Wie weiter mit dem Wiederaufbau der KPD? Anmeldungen werden erbeten an die KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Unkostenbeitrag: 50 DM.

5.5.: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“.

Juni: a.o. DGB-Jugendkongreß, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel in Suhl (Thüringen)

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6.: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschluß über das neue Grundsatzprogramm

14./16.6.: Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

16. Juni: Präsidentschaftswahlen in Rußland

26./27.6.: „G-7-Gipfel“ in Lyon, Frankreich.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen

1.-4.8.: Sommerkurse der „Linken Schule“ der ARGE in Schnepfenthal

22.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10.: Gewerkschaftstag der ÖTV

Nov.: Präsidentschaftswahlen in den USA

Nov.: a.o. DGB-Bundeskongreß, mit Beschluß über neues Grundsatzprogramm

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach

260 226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln,
Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).
Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.
Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6 94 92 57, Fax: 030/6 94 94 54.
Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.
Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/4 58 37 93
Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.
München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12.
Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 57 11, Fax: 03 42 04/6 58 93.
Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- ☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen. Name:
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo) Straße:
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo). Postleitzahl/Ort:
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr) Konto-Nr./BLZ:
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (BankUnterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50671 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

„Selbstbestimmung kann nicht angewiesen werden“

Redebeitrag von
Sabine Fache auf dem
PDS-Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen, wer te Gäste,
ich bin Mitglied des Kreistages Altenburger Land. Mein Mandat nahm ich 1994 nur widerwillig an. Als „Listenauffüllerin“ gestartet, wurde ich gewählt. Seit der Wende galt der „großen Politik“ mein Interesse, die ja mein Leben so stark verändert hatte. Das 41. Jahr der DDR (auch von uns nicht so oft erwähnt) hatte mich tief geprägt.

Veränderungen von unten, trotz Politik von oben. Mündige Menschen, die selbstbestimmt eine ungeheure Kreativität entwickelten und ihre Probleme und Konflikte friedlich lösten – eine neue Erfahrung für mich.

Emanzipation und Demokratisierung als Visionen einer neuen Gesellschaft. Ich empfinde das bis heute so, und es bestimmt mein Wirken in dieser Partei und in der Gesellschaft. Eine Gesellschaft selbstbestimmter Menschen, die ihr eigenes Geschick in die Hände nehmen können und wollen, kann nur von unten entstehen. Selbstbestimmung kann nicht angewiesen werden.

Mit politisch-demokratischen und geistig-emanzipatorischen Ansätzen kann man also die Zivilgesellschaft durchaus aktionsfähig machen. Dafür gibt es auch in der Geschichte viele Beispiele, ich nenne den europäischen antifaschistischen Widerstand, die Friedensbewegung von Berta Suttner „Die Waffen nieder“, die Befreiungsbewegungen von Gandhi und Martin Luther King, Greenpeace, Friedensgebete, Frauenstreik in der Schweiz und vieles mehr.

Ich bin aus diesen Gründen dafür, Gesellschaft von unten zu verändern, nicht deshalb, weil wir gerade unten sind. Die Entfaltung der Individualität von Menschen und die demokratische Realisierung ihrer sozialen Ansprüche kann nur in ihren Lebensbereichen erfolgen. Es ist deshalb für mich klar, daß sich sozialistische Kommunalpolitik diesem Anspruch stellen muß – und da geht es nicht um „ein bißchen mehr Sozialismus in der Kommunalpolitik“ oder um Parteiziele, wie einige wohl in der Presse ironisch meinten.

Kommunalpolitik betrachte ich deshalb nicht einfach als ein Mittel, Einfluß und Akzeptanz zu gewinnen, sondern als einen grundsätzlichen Selbstwert unserer Gesellschaftspolitik. Unser Thüringer Änderungsantrag versucht,

diese Gedanken im Bundesantrag stärker zu verdeutlichen. In unserem Thüringer Landesparteitagsbeschuß „Bürgerbewegte Kommunen – das Fundament für den Lebensort Deutschland“ haben wir herausgearbeitet, daß selbstbestimmte Selbstorganisation mündiger, kooperativer und solidarischer Menschen mehr ist als „Wiederherstellung kommunaler Selbstverwaltung“, wie im Leitantrag gefordert wird. Seit der Preußischen Städteordnung von 1808 wird Selbstverwaltung, gleich

Änderungsantrag Thüringer Delegierter zum Leitantrag

„Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern“

Wir beantragen:

In den Abschnitt II „Kommunalpolitik in der Gesamtpolitik der PDS“ wird einleitend aufgenommen:

Für die PDS sind die Kommunen nicht die Fortsetzung des Zentralstaats, sondern als Form selbstbestimmter Selbstorganisation des Lebens aller Gemeindeglieder Grundlage jedes Gemeinwesens.

Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland von unten verändern will, wer davon ausgeht, daß so Mehrheiten für Veränderung zustande kommen, der muß diese besondere Position der Kommunalpolitik für die Gesamtpolitik der PDS in Rechnung stellen. In den Kommunen gibt es die Chance einer gesellschaftlichen Erprobung neuer Lebensformen. Die Kommunen können die Kerne einer kleinstmöglichen, regional weitgehend geschlossenen, dabei vernetzten- und kooperationsfähigen Reproduktion werden. Solche lebensfähigen, flexiblen Sozialräume können die notwendigen Gegengewichte zu den zentralistischen Strukturen aller wesentlichen Gesellschaftsbereiche abgeben.

ob vom preußischen König, ob im Kommunalpolitischen Programm der KPD, ob im Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen oder im gängigen westdeutschen Verständnis, als unterstes Glied des zentralistischen Staates verstanden, sollen Menschen in den Staat integriert werden.

Die praktischen Folgen waren und sind das Ausbluten der Kommunen zugunsten von Bund und Ländern, die Überordnung der Landratsämter über die Kreistage, die Inpflichtnahme der Bürgermeister oder Landräte in die Kommunalverordnung als Vollzieher der Politik von Bundes- und Länderregierung und -verwaltungen – statt eines Wirkens als Beauftragter ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Und wir kommunale Abgeordnete der PDS? Welche Rolle ist uns dabei zugeacht? – Ich greife nur ein Problem heraus: In unserer Kreishaushaltsdebatte wurde deutlich, daß kommunale Politik bewußt von den Herrschenden entpolitisiert wird. Landrat und Oberbürgermeister reagierten gereizt auf unsere kritischen Argumente zur Beeinflussung des Haushaltes durch Land- und Bundespolitik. Beim Haushalt ginge es doch um viele konkrete Aussagen im Kreis, nicht um prinzipielle Politik (das meinte auch der SPD-Fraktionschef).

Erzeugen nicht die vielen Debatten in den Ausschüssen oder in den Tagungen (manche PDS-Abgeordnete sind in mehreren Ausschüssen dabei, haben sogar Doppelmandate im Kreis und in der Stadt) ein Gefühl von Bedeutsamkeit? Dienen sie nicht sehr häufig der Legitimation zentralistischer Politik? Durch Verschweigen der eigentlichen Verursacher der Nöte in den Kommunen wird eine solche Entpolitisierung dazu benutzt, die von mir genannten Funktionen der Ämter als „Vollzieher“ der „großen“ Politik zu vertuschen. Es kommt zum Abreißen der Verbindung zu den emanzipatorischen Interessen der Menschen. Krasser Ausdruck ist dann, daß die Verbindung zu den Menschen abreißt, ganz einfach aus Zeitgründen. Zu Menschen, die vielleicht alternative Projekte entwickeln, Widerstand gegen Repressionen leisten, die im Frauenbündnis über ihr Selbstverständnis reden oder Flüchtlingen beistehen. Darüber sollten wir noch reden!

Ich denke, wir müssen in den Kommunen gegen den Zentralstaat schwimmen. Aber eine Ausweitung des Spielraumes in den Kommunen und der Kommunen in den Ländern und im Bund wird uns nicht allein als Abgeordnete gelingen. Also: Zivilgesellschaftlicher Protest ist angesagt. „Gesellschaft von unten verändern“ – es ist noch viel zu tun.

Antrag „Kommunalpolitik“, Parteitagdiskussion

Im einführenden Diskussionsbeitrag verweist Gabi Zimmer auf die Streichung des Bezugs auf die Preußische Städteordnung von 1808 durch Antragsteller und Bundesvorstand, erwähnt den Brief der „Linken Liste Friedensliste“ aus Freiburg (der sich als offizielles Papier in den Unterlagen der Parteitage delegierten befand) und nannte in diesem Zusammenhang die Pariser Commune als wichtige historische Quelle für linke Kommunalpolitik.

Ebenfalls vor dem Parteitag wurden die Passagen zum „Wie?“ der Kommunalpolitik im Westen aus dem Antrag gestrichen. Das war auch eine Konsequenz des Freiburger Briefes und der daraufhin erfolgten Diskussion der Arbeitsgruppe zum kommunalpolitischen Leitantrag. Statt dessen wurde ein Initiativantrag aus Leipzig angenommen, der sich für die Zusammenarbeit mit alternativen Listen aussprach, die parlamentarisch und außerparlamentarisch in der Kommunalpolitik im Westen tätig sind.

Der Antrag der Thüringer Delegierten wurde bis auf den Abschnitt zwei in die Präambel des Leitantrags zur Kommunalpolitik aufgenommen. Er entstand in seinen Grundzügen in der AG Geschichte bei der Winterschule in Schnepfenthal.

Bemerkenswert waren noch die Anträge der AG „Junge GenossInnen“. Ihr Antrag 2.7.7. zur „Förderung von Emanzipation und Elementen direkter Demokratie“ und auch 2.7.5, wo sie auf die ökonomischen Ursachen der Begrenzung der Spielräume politischer Tätigkeit in der Kommune verwiesen (nicht nur die Symptome erwähnen), wurde schon von der Antragskommission abgelehnt und hatte dann keine Chance mehr, gründlich debattiert zu werden. Der Antrag 2.7.6. „Spielräume nutzen und Grenzen aufzeigen“ wurde gegen das Votum der Antragskommission angenommen. – Es ist noch erwähnenswert, daß es bei der gesamten Debatte keine Redaktionskommission gab. Alle Anträge wurden von den wenigen Mitgliedern der Antragskommission bewertet. Der Diskussionsbeitrag der AG „Junge GenossInnen“, der von Stefan Grundwald vorgetragen wurde, kann über 0 30/24 00 93 30 (Nils Kaißer) abgefordert werden.

Weitere Akzente wurden vom Bürgermeister aus Berlin, Prenzlauer Berg (Kleinert) gesetzt. Er bestätigte offen die Zwänge und sprach über die Wirkungslosigkeit seiner politischen Forderungen in seinem Funktionsbereich. Seine Ausführungen waren eine direkte Bestätigung meines Beitrages oder auch der erwähnten Anträge der „Jungen GenossInnen“.

Die Delegierten des Parteitages verfolgten mit großem Interesse die Ausführungen eines Nürnberger Delegierten, der zu den Initiatoren der kommunalen PDS-Wahlkarte gehört. Sein Auftritt war von vielen Delegierten energisch beim Arbeitspräsidium gefordert worden, nachdem er am Vortage nicht auf der RednerInnenliste zu finden war. Mit seinem Erfahrungsbericht über die Gewinnung von Stimmen zur Zulassung der Liste zeigte er Möglichkeiten auf wie „Politik von unten“ auch in den westlichen Landesverbänden funktionieren könnte. Der stürmische Applaus der Delegierten dürfte dem Bundesvorstand signalisiert haben, daß die Delegierten eine uneingeschränkte Wahlkampfunterstützung forderten, auch wenn die Nürnberger selbstbestimmt die Personen auf der Liste wählten. Die Solidarität vieler Mitglieder der PDS aus den Ostländern (vor allem auch aus Thüringen) hatte diese selbstbestimmte Politik ermöglicht. Sabine Fache

Alles Gute kommt von oben? – Aus der Preußischen Städteordnung von 1808

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc., etc.

Thun kund und fügen hiemit zu wissen: Der besonders in neuern Zeiten sichtbar gewordene Mangel an angemessenen Bestimmungen in Absicht des städtischen Gemeinwesens und der Vertretung der Stadt-Gemeine, das jetzt nach Klassen und Zünften sich theilende Interesse der Bürger und das dringend sich äußernde Bedürfnis einer wirksamen Theilnahme der Bürgerschaft an der Verwaltung des Gemeinwesens, überzeugen Uns von der Nothwendigkeit, den Städten eine selbständigere und bessere Verfassung zu geben, in der Bürgergemeine einen festen Vereinigungspunkt gesetzlich zu bilden, ihnen eine thätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens beizulegen und durch die Theilnahme Gemeinwesen zu



erregen und zu erhalten. Zur Erreichung dieser landesväterlichen Absicht, verleihen Wir, Kraft dieses aus Königlichlicher Macht und Vollkommenheit, sämtlichen Städten unserer Monarchie nachstehende Ordnung, indem Wir mit Aufhebung der derselben zuwiderlaufenden, jetzt über die Gegenstände ihres Inhalts bestehenden Gesetze und Vorschriften, namentlich der auf solche Bezug habenden Stellen

des Allgemeinen Landrechts, Folgendes verordnen:

Titel. I. Von der obersten Aufsicht des Staats über die Städte.

§ 1. Dem Staat und den von solchen angeordneten Behörden, bleibt das oberste Aufsichtsrecht über die Städte, ihre Verfassung und ihr Vermögen, insoweit nicht in der gegenwärtigen Ordnung auf eine Theilnahme an der Verwaltung ausdrücklich Verzicht geleistet ist, vorbehalten.

Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie mit dazu gehöriger Instruktion, Behuf der Geschäftsführung der Stadtverordneten bei ihren ordnungsmäßigen Versammlungen. Vom 19ten November 1808.

(Aus einem Faltblatt der ARGE Konkrete Demokratie – soziale Befreiung, AG Geschichte sozialistische Kommunalpolitik in der Linken Winterschule '98)